

Genehmigt: 29.01.2026

Protokoll 21

Stadtratssitzung
Donnerstag, 04.12.2025, 17.00 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	2
2024.SR.0254	3
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2013.GR.000070	6
3 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2025-2028; Ersatzwahl	6
2024.BSS.0100	6
4 Zweijähriger Leistungsvertrag 2026-2027 Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel; Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz	
2024.PRD.0058	14
2 Legislaturrichtlinien 2025 – 2028	
2021.BSS.000091	24
5 Wohnstrategie der Stadt Bern: Umsetzung von Massnahme 5.6 (Wohn- beratungsstelle); Nachkredit zum Verpflichtungskredit	
Verschieden und eingereicht	32
Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr	34

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Binz
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser

Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Salome Mathys
Esther Meier

Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Mirjam Arn
Stephan Ischi

Christoph Leuppi
Nicolas Lutz

Dominic Nellen
Simone Richner

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Alec von Graffenried SUE

Ursina Anderegg BSS

Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Franck Brönnimann, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit, mit der heutigen Sitzung zu starten. Ihr kennt es: Es gilt auch an der letzten Sitzung, die ich leiten darf, dass ich euch bitte, jetzt Platz zu nehmen, die Gespräche runterzufahren und von Beginn an gut zuzuhören. Wir werden nämlich mit wichtigen Informationen starten. Ich gebe euch als erstes die Entschuldigungen bekannt. Für die heutige Sitzung abgemeldet haben sich Mirjam Arn, Grünes Bündnis, Stephan Ischi, SVP, Christoph Leuppi, GFL, Nicolas Lutz, Mitte, und Dominic Nellen, SP. Etwas später kommen diverse, wenn ich in die Runde schaue. Aber angemeldet, etwas später zu kommen, hat Fuat Köçer von der SP. Ich muss an der letzten Sitzung, die ich leiten darf, leider zwei Rücktritte bekannt geben. Ihr kennt es, ich mache es immer so, dass ich die Rücktritte in der Reihenfolge vornehme, in denen wir das Schreiben der austretenden Mitglieder erhalten haben. Ich beginne mit dem ersten Rücktrittsschreiben.

"Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, lieber Tom, liebe Kolleginnen bis Kollegen, geschätzte Anwesende, in den vergangenen Jahren habe ich vielen Rücktrittsschreiben zugehört. Ich habe mir jeweils gedacht, dass ich mir nicht vorstellen könnte, zurückzutreten; zumindest nicht so bald. Doch jetzt, nach siebeneinhalb engagierten und intensiven Jahren, ist für mich der Moment für eine Neuausrichtung gekommen und ich werde aus dem Stadtrat zurücktreten und neuen Kräften Platz machen. Die Zeit im Stadtrat war ausgesprochen spannend und bereichernd. Besonders die Arbeit in der PVS hat mir viele neue Perspektiven eröffnet und spannende Herausforderungen geboten. Der Höhepunkt meines Engagements war zweifellos die Stadtklimainitiative, die wir 2022 lanciert haben und die schliesslich im Klimaanpassungsreglement mündete, das seit Anfang 2025 in Kraft ist. Ich freue mich darauf, die Umsetzung dieser und vieler weiterer Projekte für eine lebenswerte und nachhaltige Stadt künftig von aussen zu beobachten und zu begleiten.

Mein herzlicher Dank gilt der SP-JUSO-Fraktion, der SP-Stadt Bern, dem Gemeinderat, der Verwaltung, insbesondere für die geduldige und kompetente Beantwortung zahlreicher Fragen, sowie den Parlamentsdiensten, deren Unterstützung ich stets geschätzt habe. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei allen für die wertvolle Zusammenarbeit im Büro, in der Kommission und im Rat. Mit Freude blicke ich auf die vielen freien Abende, die jetzt vor mir liegen. Gleichzeitig werde ich das Geschehen im Stadtrat weiterhin aufmerksam und interessiert verfolgen und bin gespannt, wie sich die begonnenen Projekte und Initiativen weiterentwickeln. Abschliessend wünsche ich euch allen viel Elan und Engagement für die weitere politische Arbeit für unsere Stadt. Ich freue mich, heute nochmal mit euch anzustossen. Mit herzlichen Grüssen, Laura Binz."

Liebe Laura, wir alle wissen, wie viel Zeit, Herzblut und Denkarbeit mit der Aufgabe hier im Stadtrat verbunden sind. Du hast diese Aufgabe mit einer beeindruckenden Mischung aus Klarheit, Offenheit und Ausdauer wahrgenommen. Deine Arbeit in der PVS und insbesondere dein Engagement für die Stadtklimainitiative haben Spuren in dieser Stadt hinterlassen. Ich persönlich habe zudem die Zusammenarbeit mit dir im Ratsbüro sehr geschätzt und freue mich, auch morgen noch auf diese Zusammenarbeit zählen zu dürfen. Denn, das muss ich auch noch sagen, zum Glück legst du dein Amt ja offiziell erst per Ende nächster Woche nieder. So bist du auch morgen Mittag noch vollwertiges Mitglied des Ratsbüros. Ich habe auch bei dir nachgezählt. Du hast in deinen siebeneinhalb Jahren hier im Rat 23 Vorstösse als Ersteinreichende eingereicht. Im al-

lerersten dieser Vorstösse hast du dich dem Thema Luftverschmutzung angenommen. Auch bei deinen Vorstössen ging es oft um das Thema Stadtklima, aber nicht nur. Viele deiner Vorstösse haben sich auch der Kulturpolitik gewidmet.

Du hast deine Aufgabe stets mit Ernsthaftigkeit erledigt, aber genauso mit einem kollegialen und umsichtigen Stil, der die Zusammenarbeit erleichtert und bereichert hat, im Büro, in Kommissionen und hier im Rat. Dass du nun neue Wege gehst, verstehe ich gut. Und ich gönne dir die vielen freien Abende von Herzen, auch im Wissen darum, dass du einige davon im Wankdorfstadion verbringen wirst. Liebe Laura, danke für deine Arbeit, deinen Einsatz und deinen Beitrag zu einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt. Merci und für die Zukunft nur das Beste.

Sind die Leute da, die da sein sollten? Gut.

"An Thomas Berger, Stadtratspräsident: Lieber Tom, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, ich erinnere mich gut an meinen ersten Stadtratsausflug, den Ausflug im Jahr 2013. Mit dabei im Tragtuch hatte ich unsere ältere Tochter, damals fünf Monate alt. Als stillende Mutter war das die einfachste Lösung für einen Tagesausflug. Unterdessen ist die Tochter gleich gross wie ich und geht in die 7. Klasse. Und nun ist für mich der Moment gekommen, den Stadtrat zu verlassen. Es war eine lange, intensive und spannende Zeit, unzählige Sitzungen, Treffen, Begleitgruppen, Wahlkämpfe und Abstimmungen. Für mich war der Stadtrat ein grosses Lernfeld, von dem mir auch für mein Nachstadratsleben viel bleiben wird. Ich habe die schöne Stadt Bern von allen möglichen Seiten her kennengelernt. Sie ist mir als ursprünglicher Luzernerin sehr ans Herz gewachsen. Und ich hatte durch den Stadtrat das Privileg, viele ganz verschiedene Menschen kennenlernen zu dürfen. Es sind Freundschaften über Parteigrenzen hinweg entstanden, eine grosse Bereicherung, über den Tellerrand meiner eigenen Bubble zu schauen, auch wenn mich Weltanschauungsunterricht mit sprichwörtlich erhobenen Zeigfinger hier im Stadtrat manchmal genervt hat. In den 12 Jahren ist auch politisch viel passiert. Die Mehrheiten haben sich nach links verschoben, was nach meiner Beobachtung leider den Dialog und das Ringen um gemeinsame Lösungen in den Hintergrund gedrängt hat. Dies ist aber fürs Funktionieren unserer so wertvollen Demokratie sehr zentral und die Grundlage unseres friedlichen Zusammenlebens. Für jeden einzelnen Moment, wo das möglich war, für alle respektvollen Diskussionen und Gespräche möchte ich mich bei euch bedanken. Ich freue mich darauf, in der nächsten Zeit mehr Energie für unser Engagement im "Stadtkloster Frieden" zu haben. Wir sind eine kleine Gruppe, eine Gemeinschaft, die die Verantwortung für das ganze öffentliche Areal der Friedenskirche übernommen hat und den Unterhalt mit ganz viel Freiwilligenarbeit und Kreativität stemmt. Indem auch Nachbarn und andere Freiwillige mithelfen, diesen speziellen Ort der Begegnung und Ruhe zu gestalten, können wir ganz konkret eine Kultur der Teilhabe fördern.

Politisch werde ich mich in nächster Zeit auf die sogenannte Kirchenpolitik konzentrieren, wo wir gemeinsam die Kirche in die Zukunft führen dürfen. Ich freue mich so auch weiterhin, unsere schöne Stadt mit euch zusammen als lebenswerten Ort für ganz unterschiedliche Menschen zu gestalten. Zum Schluss ein grosses Dankeschön fürs Mittragen an meine Familie, meine Partei und speziell an Debora für die super gute Zusammenarbeit. Es tut mir leid, dass wir nicht noch länger zusammen wirken können. Danke auch an meine Fraktion mit der GLP für gesellige Momente und angeregte Diskussionen und auch alle für das gemeinsame Unterwegssein. Bis bald irgendwo in Bern, vielleicht auf dem Veielihubel im Mattenhof-Quartier. Bettina Jans-Troxler."

Liebe Bettina, mit dir verlässt uns heute eines der letzten Ratsmitglieder, das bereits in diesem Rat war, als ich Anfang 2017 neu dazustossen durfte. Die gemeinsame Zeit mit

dir hier im Rat wird mir immer in bester Erinnerung bleiben, nicht zuletzt auch aufgrund der immer sehr guten Zusammenarbeit in der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur, welche du 2018 präsidiert hast. Ich habe es in der SBK immer sehr geschätzt, wenn du ein Geschäft als Referentin übernommen hast. Ich wusste stets, dass du den Vortrag des Gemeinderates eingehend prüfen und losgelöst aller Partei- und Bündniszugehörigkeiten die richtigen, durchaus auch kritischen Fragen stellen würdest. In deinen fast zwölf Jahren hier im Rat hast du 62 Vorstösse als Erstunterzeichnende eingereicht. Der Vorstoss mit der Forderung nach mehr Solarzellen auf städtischen Dächern war dein erster. Und wenn ich an die letzte Stadtratssitzung vor 14 Tagen denke, muss ich ein wenig schmunzeln, denn wir haben uns dort über mehr Solaranlagen auf städtischen Dächern unterhalten.

Auch die Bildung war dir stets sehr wichtig, nicht nur mit deinem Einsatz in der interfraktionellen Gruppe Schulraumplanung, sondern auch mit diversen Vorstössen für sichere Schulwege, flexiblere Schulkreisgrenzen oder genügend Schulraum. Definitiv etwas bewirkt hat der Vorstoss mit der Forderung nach einer Stellvertreterregelung, den du im Jahr 2020 mit zehn anderen Personen miteingereicht hast. Diesen Vorstoss haben wir 2020 zu elft eingereicht. Nach deinem Rücktritt bleiben noch zwei dieser Leute hier im Saal. Lieber Alex, du wirst wahrscheinlich eines Tages der letzte dieser 11 sein. Liebe Bettina, im Namen des gesamten Stadtrats danke ich dir von Herzen für deine 12 Jahre engagierter, kluger und menschlicher Arbeit für unsere Stadt. Dein Schreiben zeigt nochmals eindrücklich, wie viel Herzblut, Zeit und Offenheit du in dieses Amt investiert hast und wie stark du den Stadtrat und Bern mitgeprägt hast. Politik braucht Menschen, die zuhören, die Brücken bauen und die mit Überzeugung handeln. All das hast du verkörpert. Im Namen des Stadtrats danke ich dir, Bettina, für dein Wirken, deine Haltung und den gemeinsamen Weg. Alles Gute und bis bald irgendwo in Bern.

Neue Ratsmitglieder gibt es heute keine, aber somit hoffentlich dann im Januar zwei. Geburtstage gibt es heute auch keinen. Aber morgen Freitag, also heute ab Mitternacht, könnt ihr Szabolcs Mihályi zum Geburtstag gratulieren. Ich hoffe doch sehr, dass wir dann noch im Sous Soul sein werden. Das war die Überleitung zu den Mitteilungen. Im Anschluss an die heutige Sitzung findet die Schlussfeier des Stadtrats im Sous Soul statt. Ihr macht mir wirklich, wirklich, wirklich einen riesigen persönlichen Gefallen, wenn ihr so rasch wie möglich vom Rathaus zum Sous Soul geht. Ich nehme an, ihr wisst, wo das ist. Und sonst lauft ihr einer Person nach, die es weiss.

Als Reminder: Ihr habt alle die Einladung zum jährlichen Austausch mit den Gremien der Burgergemeinde erhalten. Dieser findet am 10. Dezember, also nächste Woche, statt. Falls ihr euch noch nicht an- oder abgemeldet habt, macht das bitte bis morgen Freitag. Dann habt ihr eine weitere Einladung erhalten, eine besonders schöne, nämlich von einer gewissen Person mit Namen Jelena Filipovic. Jelena wird am 15. Januar 2026 etwas zu feiern haben. Bitte meldet euch auch dort so rasch wie möglich an oder ab.

Auch heute gilt: Badgen nicht vergessen. Und jetzt ganz wichtig heute: Dringliche Vorstösse bis 18.15 Uhr, alle anderen Vorstösse bis 18.45 Uhr. Ich wiederhole: Dringliche Vorstösse bis 18.15 Uhr, alle anderen bis 18.45 Uhr. Bitte bringt die Vorstösse so bald wie möglich nach vorne. Auch Jelena möchte zeitnah in die Abschlussfeier starten können. Das war es mit der Begrüssung und den Mitteilungen.

Bevor wir mit der Traktandenliste starten, kommen wir zum Ordnungsantrag von Dominik Fitze, der euch auf der Antragsliste vorliegt. Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 1

Dominik Fitze, SP

Traktanden 3 und 4 seien vorzuziehen, da diese heute behandelt werden müssen.

Abstimmung Nr. 006

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 1

Annahme

Ja	31
Nein	2
Enthalten	22

Präsident: Ihr habt den Ordnungsantrag angenommen. Das bedeutet, dass wir jetzt die Traktanden 3 und 4 beraten und, sobald diese abgeschlossen sind, zurückgehen zu Traktandum Nummer 2.

2013.GR.000070

3 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2025-2028; Ersatzwahl

Präsident: Eine Wahl in die Sozialhilfekommission für die Amtsperiode 2025 bis 2028 beziehungsweise eine Ersatzwahl. Bei Wahlen in die Sozialhilfekommission findet keine Vorberatung in der SBK statt. Die Beratung erfolgt direkt im Stadtrat. Das heisst: Grundsätzlich hätten jetzt die Fraktionen das Wort, falls zu dieser Wahl überhaupt eine Diskussion erwünscht ist. – Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat hier etwas zu sagen? – Das ist auch nicht der Fall. Nominiert für diese Wahl ist Hasim Sancar. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall, dann wählen wir auch hier mittels Handerheben. Wer Hasim Sancar in die Sozialhilfekommission wählen will, bezeugt dies bitte mit Handerheben.

Das sieht einstimmig aus. Ich gratuliere Hasim Sancar zur Wahl und danke ihm für seinen Einsatz.

Wahl

Einstimmige Wahl per Handerheben

2024.BSS.0100

4 Zweijähriger Leistungsvertrag 2026-2027 Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel; Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 4. Das ist ein Kreditgeschäft ohne Referendum. Es geht um den zweijährigen Leistungsvertrag 2026-2027 mit dem Jugendkulturzentrum Gaskessel beziehungsweise dem Verpflichtungskredit zur Erfüllung dieses Leistungsvertrags. Ich erteile für die vorberatende Kommission SBK das Wort Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Kommission: Zuerst möchte ich im Namen der Kommission die Arbeit des Gaskessels ausdrücklich würdigen. Seit über 50 Jahren ist der "Chesu" ein zentraler Ort der Jugend- und Subkultur und für kulturelle Teilhabe. Er wird von

jungen Menschen geführt, getragen und entwickelt, ein einmaliges Modell, das in der Stadt Bern wie auch schweizweit grosse Anerkennung genießt. Der Gaskessel ist heute ein bedeutender Veranstaltungsort mit jährlich über 130 Anlässen und bis zu 40'000 Besuchenden. Er ist ein Labor für Nachwuchsförderung, für junge Kulturschaffende, Veranstaltende und Personen mit strategischen Funktionen. Zudem ist er ein Lernort für Projekt- und Betriebsführung, die reale Verantwortung ermöglicht. Und er ist ein zunehmend wichtiger Ort der Jugendsozialarbeit mit niederschwelliger Beratung, Triage und Unterstützung, mit stark steigender Nachfrage von 10 Beratungen im Jahr 2022 auf 116 im Jahr 2024. Der Kessel verbindet kulturelle Produktion und Selbstverwaltung auf eine Art und Weise, die einzigartig ist und für viele Jugendliche einen Unterschied macht. Dafür möchten wir dem Verein und den engagierten jungen Menschen im Vorstand und im Betrieb unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Die Stadt Bern hat für die Jahre 2026 und 2027 einen zweijährigen Leistungsvertrag für den Gaskessel ausgearbeitet. Er schafft eine wichtige Planungssicherheit. Der Vertrag umfasst einen jährlichen Beitrag von rund 800'000 Franken, also insgesamt 1'592'378 Franken für die beiden Jahre. Im Vergleich zum Leistungsvertrag 2024-2025 erhöht sich die jährliche Abgeltung also um 155'657 Franken. Hauptgrund ist die vertragliche Pflicht beim Personal, branchenübliche beziehungsweise zu städtischen Betrieben vergleichbare Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Die Überprüfung hat gezeigt, dass die Löhne im Gaskessel bisher unter dem branchenüblichen Standard lagen.

Dieser Betrag deckt gemäss Gemeinderat die notwendigen Lohnanpassungen, Korrekturen bei den Anstellungsbedingungen sowie zusätzliche Stellenprozente in der Jugendarbeit ab, die erforderlich sind, weil der Gaskessel deutlich mehr Jugendliche betreut als noch vor einigen Jahren. Dass diese Arbeit Wirkung zeigt, spiegelt sich auch im politischen Prozess wider. Der Leistungsvertrag wurde in der Kommission einstimmig angenommen, ein klares Zeichen dafür, wie überzeugend und hochwertig die Arbeit des Gaskessels ist und wie sichtbar sein Beitrag für die Jugendlichen in der Stadt Bern ausfällt. Gleichzeitig wurde in der Beratung deutlich, dass der vom Gemeinderat beschlossene Betrag zwar minimale notwendige Lohnangleichungen ermöglicht, der vom Kessel ausgewiesene Gesamtbedarf jedoch höher liegt. Es verbleibt ein Restbetrag, der für die Stabilität der Jugendarbeit und für die Qualität der Angebote zentral ist. Aus diesem Grund beantragt die Kommission eine gezielte Ergänzung. Die Kommission beantragt deshalb, den Verpflichtungskredit des Leistungsvertrags 26/27 um total 96'342 Franken zu erhöhen.

Damit soll gewährleistet werden, dass der Gaskessel die von der Stadt Bern bestellten Leistungen nachhaltig, qualitativ gut und ohne Substanzverlust erfüllen kann. Der zusätzliche Kredit ist kein Angebotsausbau, sondern in erster Linie nötig, um den bestehenden Auftrag gut erfüllen zu können. Der erste Teil des Mehrbedarfs betrifft weiterhin die Umsetzung von Artikel 13, 1 "Faire und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen". Die Berechnungen des Vereins zeigen einen Bedarf von 155'658 Franken auf, der jedoch nur das absolute Minimum abdeckt und bereits eine interne Verzichtsplanung beinhaltet. Es bleibt also hier ein Restbetrag offen. Ohne die noch fehlenden Mittel kann der Gaskessel seine Mitarbeitenden nicht angemessen entschädigen und keine wirklich branchenüblichen Lohnstrukturen sicherstellen, die langfristig die Qualität der Arbeit sichern. Der zweite Teil betrifft die Sicherung der Qualität der Jugendarbeit, insbesondere im Bereich psychische Gesundheit, Nachwuchsförderung und Prävention. Immer mehr Jugendliche benötigen Unterstützung bei psychischen Belastungen, was qualifiziertes Fachpersonal erfordert.

Hinzu kommen Fort- und Weiterbildungen, wachsende Anforderungen an Awareness, Sicherheit und Prävention sowie die fortlaufende Nachwuchsförderung. Auch die Teuerung und das strukturelle Wachstum des Vereins müssen berücksichtigt werden. Die Kommission ist überzeugt: Der Gaskessel leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Jugendkultur, zur Prävention und zur psychischen Gesundheit junger Menschen in unserer Stadt. Damit er diesen Auftrag erfüllen kann und nicht auf Verschleiss arbeitet, braucht es die beantragte Erhöhung. Die Kommission empfiehlt, wie bereits erwähnt, den vorliegenden Leistungsvertrag einstimmig zur Annahme und bittet den Stadtrat, auch den Ergänzungsantrag gutzuheissen.

Präsident: Du kannst gerne das Fraktionsvotum anhängen. Alle weiteren Fraktionsprechenden dürfen sich anmelden – somit als erstes für die Fraktion SP-JUSO, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich erinnere mich noch gut, als ich mit ungefähr 17 Jahren das erste Mal im Gaskessel war, einem Ort voller Energie, Kreativität und Möglichkeiten. Es war ein Ort der Magie, an dem man spürte, dass hier junge Menschen selbst gestalten können. Dieses Gefühl, diese Erfahrung ist es, was der Gaskessel für unzählige Jugendliche in Bern und der Region möglich macht. Und dafür möchte auch ich im Namen der SP-JUSO-Fraktion den engagierten Mitarbeitenden und dem gesamten Vorstand ausdrücklich danken. Der Gaskessel ist weit mehr als ein Veranstaltungsort. Er ist ein lebendiger, von Jugendlichen getragener Kultur- und Lernraum. Hier entstehen Projekte, Ideen und Räume, in denen junge Menschen Verantwortung übernehmen, Kreativität leben und Talente entfalten können. Er ist ein Ort, an dem Kultur, Jugendförderung und soziale Beratung auf eine einzigartige Weise zusammenkommen und damit ein unverzichtbarer Teil unserer Stadtgesellschaft. Der Gaskessel ist unbestritten eine wichtige Institution in Bern.

Ich glaube, soweit sind wir uns alle hier einig. Und jetzt zum wohl eher umstrittenen Teil. Wir als Stadtrat können nicht einerseits sagen, wir wollten faire, branchenübliche Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen, und andererseits, wir würden dafür kein Geld bereitstellen. Das machen wir gerade bei der Kultur sehr oft. Alle sind irgendwie ein bisschen für die Kultur, bis sie kostet. Wer A sagt, also qualitativ hochstehende Jugendarbeit und faire Arbeitsbedingungen, muss auch B sagen, das heisst, die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stellen. Und genau das ermöglicht der Kommissionsantrag. Deshalb unterstützt unsere Fraktion den Leistungsvertrag 2026 und 2027 und nimmt den Antrag zur Erhöhung des Verpflichtungskredits an. So sichern wir, dass der Gaskessel seine wertvolle Arbeit weiterhin mit hoher Qualität leisten kann, für die Jugendlichen, für die Kultur und für die Stadt Bern.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP EVP Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Die Fraktion EVP-GLP würdigt die grosse Bedeutung des Jugend- und Kulturzentrums Gaskessel für die Stadt Bern und ihre Jugend. Der Gaskessel ist seit Jahrzehnten, ich habe in meiner Jugend selbst so manchen schönen Abend im Gaskessel verbracht, ein zentraler Ort für junge Menschen, um Kultur zu erleben, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Mit zahlreichen und sehr diversen Veranstaltungen und einer starken Nachwuchsförderung leistet der Verein einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur gesellschaftlichen Teilhabe in unserer Stadt. Der Gaskessel leistet enorm wichtige Arbeit, die wir ausdrücklich würdigen. Wir stimmen dem vorliegenden Geschäft mit dem beantragten

Verpflichtungskredit für die Jahre 2026 und 2027 zu. Damit wird die Planungssicherheit für den Gaskessel gewährleistet und die Stadt unterstützt das Angebot, das für Jugendliche und junge Menschen von grosser Bedeutung ist.

Zum Antrag auf Erhöhung des Verpflichtungskredits um rund 96'000 Franken für die beiden Jahre: Diesen Antrag lehnt unsere Fraktion ab. Wir erachten es grundsätzlich nicht als zielführend, dass Leistungsvertragnehmende das städtische Personalreglement umsetzen müssen. Wenn die Stadt diese Vorgabe macht, ist es zwar konsequent, den Mehraufwand abzugelten. Aber wir sind überzeugt, dass alle Leistungsvertragnehmenden gleichbehandelt werden müssen und man nicht den einen Mehraufwände abgelden kann, die aus dem städtischen Personalreglement resultieren, während man das anderen Organisationen verwehrt. Wir finden, solche Vorgaben aus dem Personalreglement sollten überhaupt nicht Bestandteil der Leistungsverträge sein, und wir wünschen uns, dass dieser Passus künftig aus den Leistungsverträgen gestrichen würde. Ausserdem weist der Gaskessel mit über 70% Eigenfinanzierung einen hohen Eigenfinanzierungsgrad auf. Es mutet deshalb etwas seltsam an, wenn der Vorstand des Gaskessels in einer Mail an uns Stadträtinnen und Stadträte schreibt, der Gaskessel sei seit Jahren strukturell unterfinanziert und man sei existenziell. darauf angewiesen, dass die Erhöhung des Verpflichtungskredits genehmigt wird.

Wir danken dem Verein Gaskessel für sein grosses Engagement und wünschen ihm weiterhin viel Erfolg bei seiner wichtigen Arbeit.

Präsident: Für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: In verschiedenen Medienberichten haben wir immer wieder gehört: Die Jungen gehen nicht mehr aus, die Jungen gehen nicht mehr in Clubs, die Jungen trinken keinen Alkohol mehr. Die Berner Club-Szene sei am Sterben. Dennoch sind die Besucher*innenzahlen des Gaskessels stabil geblieben. Warum? Der Gaskessel funktioniert, weil er von jungen Menschen für junge Menschen geführt wird, und zwar bis und mit Vorstand, weil er Räume schafft, in denen sich Jugendliche sicher fühlen, sich identifizieren können, Verantwortung übernehmen dürfen und Kultur nicht nur konsumieren, sondern selbst gestalten dürfen. Genau das macht es aus. Es hat Jahre gedauert, diesen Ort aufzubauen und zu stabilisieren. Und damit er diese Aufgabe weiterhin erfüllen kann, braucht es Investitionen. Darum stimmen wir diesem Leistungsvertrag klar zu.

An dieser Stelle möchte ich aber doch noch kritisieren, dass uns der Leistungsvertrag für die Periode 2026-2027 erst jetzt vorgelegt wird, in der letzten Sitzung des Jahres. Der neue Vertrag tritt also in weniger als einem Monat in Kraft. Dass das funktioniert, liegt einzig daran, dass politisch klar war, dass dieser Vertrag durchkommt. Stellt euch einmal vor, es wäre nicht so. Dann hätte der Gaskessel gut drei Wochen Zeit, eine alternative Finanzierung zu suchen. Das ist schlicht unrealistisch und für eine Organisation, an der Arbeitsplätze und Jugendarbeit hängen, absolut unzumutbar. Und es ist kein Einzelfall. Auch der Leistungsvertrag mit dem Mütterzentrum kam erst im November. Und weil ich dort mal im Vorstand war, weiss ich, dass die Vorstandsfrauen nervös und gebannt vor dem Livestream der Stadtratssitzung sassen und gehofft haben, dass der Vertrag durchkommt. Denn wäre das nicht der Fall gewesen, hätten sie subito reagieren müssen und eine Alternative suchen müssen, was alles andere als einfach gewesen wäre. Dass diese Verträge erst so spät kommen, setzt auch die Kommissionen unter Druck, weil eine zweite Lesung faktisch unmöglich ist.

Darum mein klarer Appell: Leistungsverträge müssen früher in die Kommissionen und früher in den Rat. Den Leistungsvertrag des Politforums haben wir beispielsweise

schon im Juni verabschiedet. Das sollte der Standard sein, optimalerweise noch vor der Budgetdebatte, damit allfällige Änderungen ins Budget aufgenommen werden könnten.

Apropos Budgetänderungen: Wir stimmen auch dem SBK-Antrag zur Aufstockung über rund 96'000 Franken zu. Der Gemeinderat hat bereits aufgestockt, aber das reicht nicht. Obschon der Gaskessel einen sehr hohen Eigenfinanzierungsgrad von über 70% aufweist, besteht nach wie vor eine Finanzierungslücke. Die Gründe sind klar. Babs hat sie schon ausgeführt. Ein Teil der Aufstockung ist für die Löhne gedacht. Artikel 13.1 des Leistungsvertrags verlangt Arbeitsbedingungen analog der Stadt. Und das ist auch gut so. Und ich möchte auf keinen Fall, dass das gestrichen werden soll. Heute liegen die Löhne im Gaskessel jedoch unter denen der Stadt, mit der Folge, dass Mitarbeitende bereits gekündigt haben. Wer die bestellten Leistungen erbringen soll, braucht auch konkurrenzfähige Löhne.

Der zweite Teil ist für die Jugendarbeit. Die Jugendarbeit im Kessel läuft am Limit. Die Zahl der Beratungen ist massiv gestiegen. Innerhalb von zwei Jahren wurden zehnmal mehr Beratungen durchgeführt. Das zeigt klar: Der Bedarf ist gross. Natürlich gibt es andere Einrichtungen für die Prävention, für die psychische Gesundheit von Jugendlichen. Aber dass die Zahl der Beratungen gestiegen ist, zeigt, dass junge Menschen dorthin gehen, weil sie sich eben sicher und wohl fühlen und weil es ein niederschwelliges Angebot ist. Es geht hier nicht darum, neue Angebote zu schaffen. Der Gaskessel muss bereits heute Jugendliche abweisen, die Unterstützung bräuchten. Benötigt wird nicht Luxus, sondern das Sichern der Substanz, mehr Präsenz in der psychischen Gesundheitsprävention, mehr Awareness-Teams an Anlässen, bessere Nachwuchsförderung, Supervision, um Mitarbeitende zu entlasten.

Jeder Franken, der hier eingesetzt wird, vervielfacht sich durch die Wirkung auf junge Menschen, die Stabilisierung der Szene und die Prävention. Der Gaskessel erfüllt eine Funktion, die über den Ausgang hinausgeht. Er ist Beratungsstelle, Kulturraum, Experimentierfeld, Lernort und Heimat für junge Menschen. Wenn wir wollen, dass das so bleibt, und das wollen wir, dann müssen wir ihm die Mittel geben, um qualitativ gute Jugendarbeit und faire Arbeitsbedingungen nachhaltig sicherzustellen. Darum sagen wir ganz klar Ja zum Leistungsvertrag, Ja zum SBK-Antrag und Ja zu einem stabilen Gaskessel.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GB/JA!, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Ich halte dieses Votum heute stellvertretend für Ronja Rennenkampf. Der Gaskessel bleibt, das wird in diesem Rat mittlerweile von fast niemandem mehr in Frage gestellt. Nicht zuletzt mit der Abstimmung vom letzten Sonntag ist der Standort des Gaskessels gesichert. Dass die Stadt Bern den Gaskessel will und braucht, steht somit ausser Frage. Jetzt geht es nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie und vor allem um das Mit-wie-viel-Geld. Die GB-JA!-Fraktion unterstützt den Leistungsvertrag sowie den Antrag der SBK. Der Gaskessel ist das Jugendkulturzentrum der Stadt Bern. Er bietet Jugendlichen einen Rückzugsort und ein soziales Umfeld – vor allem den Jugendlichen, die im Kessel aktiv sind und die Möglichkeit bekommen, sich auszuprobieren, sich zu entfalten und erste Erfahrungen in der Arbeits- und Kulturwelt zu sammeln. So ist der Kessel nicht nur Jugendkulturort, sondern auch ein wichtiger Ort der Jugendarbeit.

Das ist besonders wichtig, weil Therapieplätze für Jugendliche fehlen und die Schulen zu wenig Ressourcen haben, die Jugendlichen aufzufangen. Der Gaskessel schliesst hier eine wichtige Lücke und bietet Jugendlichen den Halt, der ihnen fehlt. Der Bedarf

an dieser Arbeit steigt stetig und gleichzeitig bleibt genau diese Arbeit oft unsichtbar. Aber der Kessel macht eben nicht nur Kultur, sondern auch Jugendarbeit. Und diese Arbeit verdient einen anständigen Lohn. Mit den Bedingungen im bisherigen Leistungsvertrag war das nicht möglich. Die wichtige Arbeit im Kessel ist seit Jahren strukturell unterfinanziert. Wichtige und engagierte Menschen verlassen den Gaskessel, weil die Arbeitsbedingungen zu schlecht sind. Deshalb ist die Erhöhung des Leistungsvertrags so wichtig, damit die strukturelle Unterfinanzierung behoben werden kann und die Löhne angepasst werden können. Wir nehmen auch den SBK-Antrag an, damit der Kessel den Leistungsvertrag annähernd erfüllen kann. Es ist fragwürdig, dass der Gemeinderat für wichtige Kultur und Jugendarbeit im Kessel so wenig finanziellen Spielraum vorsieht, dass es danach noch einen SBK-Antrag braucht. Wieder einmal scheint dem Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget wichtiger zu sein, als in die Jugendlichen der Stadt Bern zu investieren. Trotzdem ist es wichtig, jetzt dem Leistungsvertrag und dem SBK-Antrag zuzustimmen. Und ich hoffe, nächstes Mal werde der Betrag entsprechend erhöht, damit der Gaskessel seiner Arbeit vollumfänglich nachgehen kann.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP unterstützen den Leistungsvertrag des Gaskessels. Der Verein Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel Bern leistet eine wichtige Funktion für junge Erwachsene und Junggebliebene. Es ist ein Ort für Veranstaltungen und Begegnungen, es ist ein Ort für den Ausgang, für die Kultur und diverse Angebote und diverse Leute, kurzum, ein wichtiger Motor der Stadt, wenn es ums Nachtleben geht. Der Leistungsvertrag, der die Leistungen und die Gegenleistungen zwischen Stadt und Kessel regelt, steuert rund einen Drittel zum Betriebsbudget bei. Das haben wir gehört. Der Betrag ist um rund 155'000 Franken höher als vorher; das wegen zusätzlichem Aufwand bei den Lohnkosten der Co-Geschäftsleitung und für die Jugendsozialarbeit sowie diversen Nebenleistungen. Den Leistungsvertrag mit der vorgesehenen Erhöhung nehmen wir vonseiten der FDP an. Der Antrag der SBK, der den Betrag noch einmal zusätzlich um knapp 100'000 Franken für die Qualitätssicherung nachhaltiger Jugendarbeit erhöhen will, lehnen wir ab. Der neue Leistungsvertrag, der vom Gemeinderat ausgehandelt wurde, sieht bereits eine Erhöhung eines stolzen Beitrags vor. Und dieser Leistungsvertrag ist aus unserer Sicht fair und ausgewogen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Gemeinderat das Wort. – Es gibt doch ein Einzelvotum von Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Es ist ein Votum, das nicht irgendwie ein politisches ist, sondern ein eher gesellschaftliches. Ich glaube, der Gaskessel ist eine der wichtigsten Institutionen in dieser Stadt, weil sie eben Menschen zusammenbringt. Und ich glaube, den Leuten, die hier oben sitzen, gebührt einfach grosser Dank dafür, dass sie das machen, sich wider allen Zeitgeists für eine bessere Welt einsetzen. Vielen herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Eine kleine Bemerkung von meiner Seite. Es gibt eine Regel hier im Rat, die mich persönlich am meisten stört, und zwar, dass man nicht klatschen darf. Es wäre jetzt ein Moment dafür gewesen. Ich glaube, wir senden einen stillen Applaus hin-

auf zur Zuschauertribüne. Dann hat jetzt der Gemeinderat das Wort. Für den Gemeinderat, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Abend miteinander, auch auf der Tribüne: herzlich willkommen zu dieser Debatte. Der Gaskessel als Kultur- und Veranstaltungs- und Mitwirkungsort hat eine Zentrumsfunktion für Jugendliche, junge Erwachsene und junge Kulturschaffende aus der Stadt und der Region Bern. Er verzeichnet jährlich zwischen 37'000 bis 40'000 Besucher*innen. Die grosse Mehrheit ist unter 20 Jahre alt. Der Verein erwirtschaftet einen wesentlichen Anteil seines Budgets selbst. 2024 betrug der Eigenfinanzierungsgrad rund 71% bei einem Jahresertrag von rund 1'850'000 Franken. Im Leistungsvertrag ist ein Eigenfinanzierungsgrad von mindestens 30% festgelegt. Das haben wir heute schon gehört. Eine sehr wichtige Aufgabe des Gaskessels ist die Nachwuchsförderung. Als Kulturzentrum mit regionaler Bedeutung bietet er jungen, wenig bekannteren Kulturschaffenden Auftrittsmöglichkeiten. Es ist unbestritten hier in diesem Saal, aber auch mit einer weiten Ausstrahlung, dass der Gaskessel mit seinen Angeboten ein sehr wichtiger Ort für die Stadt und für die Umgebung ist. Und an dieser Stelle auch schon einmal – ich darf jetzt nicht klatschen – ein herzliches Dankeschön seitens Gemeinderats für das Engagement aller Beteiligten im Verein und den Mitarbeitenden des Gaskessels. Der Gaskessel bietet vielfältige Möglichkeiten für das Engagement von jungen Menschen. Sie können sich aktiv an der Gestaltung des kulturellen Angebotes beteiligen. Durch die Mitarbeit im Vorstand und in den Betriebsgruppen können sie diverse betriebliche Kompetenzen erlangen. Menschen mit Behinderungen, Personen mit Migrationsbiografien oder Menschen aus genderdiversen Gruppen werden bewusst in die Gestaltung des Programms miteinbezogen. Und das ist ein sehr wichtiger Beitrag für die Inklusion. Ein wesentlicher und wichtiger Teil der Leistungen des Gaskessels ist die Jugendarbeit. Der Gaskessel berät und unterstützt junge Menschen in verschiedensten Lebenslagen. Und die Verschlechterung der psychischen Gesundheit junger Menschen zeigt sich auch in den vielen Beratungsgesprächen, die im Gaskessel stattfinden.

Mit der Jugendarbeiterin vor Ort ermöglicht der Gaskessel einen niederschweligen Zugang zur Beratung und übernimmt damit eine wichtige Präventionsaufgabe. Und der Bedarf nach solch niederschwelliger Beratung ist tendenziell steigend. Und daher war es für den Gemeinderat gut nachvollziehbar, dass der Gaskessel die Jugendarbeit aufstocken möchte, umso mehr, weil dieses Angebot gerade eben auch viele vulnerable junge Menschen erreicht.

Dann haben wir das Thema der Lohneinreihungen. Hier war eine Anpassung notwendig, weil eine Überprüfung gezeigt hat, dass bei den Löhnen der Festangestellten Nachholbedarf besteht im Vergleich vor allem auch zu branchenüblichen Löhnen, um eben diese Vorgabe im städtischen Leistungsvertragswesen erfüllen zu können. Diese Vorgabe verpflichtet die Leistungsvertragspartner*innen, den Arbeitnehmenden im Vergleich zur Stadt gleichwertige Anstellungsbedingungen zu garantieren. Es geht nicht um identische, also genau gleiche Anstellungsbedingungen, sondern den Anspruch, möglichst gleichwertige Bedingungen herzustellen. Die Berechnung der Höhe einer Abgeltung, um eine neue Lohnerhöhung zu ermöglichen, fand in einem gemeinsamen Prozess zwischen der Verwaltung und dem Gaskessel statt. Und das Resultat dieser Verhandlungen ist in den Gesamtbetrag der vom Gemeinderat beantragten Erhöhung eingeflossen. Wir beantragen Ihnen im Rahmen des Verpflichtungskredits eine Aufstockung von rund 156'000 Franken pro Jahr; einerseits für die Aufstockung der Jugendarbeit, andererseits für diese Geschichte mit den Lohneinreihungen. Diese Aufstockung entspricht einer Erhöhung der städtischen Abgeltung um rund 28% im Vergleich zur ak-

tuellen Leistungsvertragsperiode. Insgesamt erhöht sich der Verpflichtungskredit auf insgesamt 1'590'000 Franken für die Jahre 2026 und 2027.

Ich komme noch zum Antrag der SBK. Wie schon in der Sitzung der vorberatenden Kommission gesagt, war uns zu Beginn des Prozesses seitens der Stadt die Anmeldung des Gaskessels von einer Beitragserhöhung um 250'000 Franken bekannt. Die vom Gemeinderat beschlossene Erhöhung der Abgeltungssumme um jährlich 155'000 Franken entspricht aber dem Ergebnis der Verhandlung, wie ich sie vorhin auch geschildert habe, zwischen der Verwaltung und des Gaskessels, also dem Verein. Und eine darüber hinausgehende Erhöhung der Abgeltungssumme lehnen wir im Gemeinderat ab. Und ich bitte euch daher, den Antrag der SBK abzulehnen und den Verpflichtungskredit nicht noch um weitere 96'000 Franken zu erhöhen. Ich denke, wir haben mit dieser 28-prozentigen Erhöhung schon einen wesentlichen Beitrag leisten können, um den Gaskessel weiter zu stabilisieren.

Präsident: Merci. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wir stimmen als erstes über diesen Antrag der Kommission SBK ab.

Antrag 1

SBK

Der Verpflichtungskredit des Leistungsvertrags mit dem Verein Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel Bern für die Jahre 2026/2027 wird um total CHF 96'342.– für die beiden Jahre erhöht.

Abstimmung Nr. 007

2024.BSS.0100: Antrag 1

Annahme

Ja	47
Nein	23
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die bereinigte Vorlage. Zur Information: Die Kreditsumme, die zur Genehmigung beantragt wird, hat sich somit erhöht. Es geht neu um 1'688'720 Franken. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung Nr. 008

2024.BSS.0100

Annahme

Ja	65
Nein	2
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt dem Kredit zugestimmt.

2024.PRD.0058

2 Legislaturrichtlinien 2025 – 2028

Präsident: Wir kommen somit zurück auf der Traktandenliste zu Traktandum Nummer 2. Traktandum Nummer 2 ist ein Bericht des Gemeinderats, den wir wertend zur Kenntnis nehmen werden. Es geht um die Legislaturrichtlinien. Für die vorberatende Kommission erteile ich das Wort an Lea Bill. Sie wird direkt an das Kommissionsvotum das Fraktionsvotum anhängen und entsprechend können sich bereits jetzt alle weiteren Fraktionssprecher*innen anmelden.

Lea Bill (GB) für die Kommission: Die GPK hat die Legislaturrichtlinien 2025 bis 2028 am 15. September und am 20. Oktober dieses Jahres beraten. Wir bedanken uns in diesem Zusammenhang beim Gemeinderat für den Austausch zu diesen Richtlinien und auch für die Beantwortung unserer Fragen. Die Legislaturrichtlinien sind aus der Sicht der GPK aus einem Guss. Sie sind übersichtlich und verständlich, wir müssen auch sagen, anders als diejenigen der letzten Legislatur. Damals war es ein bisschen ein Gemischtwarenladen. Das haben wir damals als GPK auch kritisiert. Die Bemühungen des Gemeinderates, jetzt etwas Gemeinsames, Ganzheitliches zu erarbeiten, ist klar ersichtlich. Und das begrüssen wir als GPK sehr. Wie bereits vor vier Jahren war in der GPK auch jetzt die Messbarkeit der Ziele und der Massnahmen ein zentrales Thema. Die GPK sieht die Bemühungen des Gemeinderates, die Messbarkeit zu erhöhen.

Gerade mit Blick auf die Indikatorenliste sehen wir viele Themenbereiche, in denen die Messbarkeit gegeben ist, zum Beispiel bei den Finanzen oder auch bei der Stadt Bern als verantwortungsvolle Arbeitgeberin. Es gibt aus Sicht der GPK aber auch Themenbereiche, bei denen wir uns mehr Messbarkeit oder einfach auch mehr Fleisch am Knochen gewünscht hätten. Hier zwei Beispiele: Zum Beispiel der dynamische Wirtschaftsstandort; da sind nebst den Projekten, die sowieso schon laufen, aus unserer Sicht wenig messbare Ziele zu erkennen. Oder auch beim Thema nachhaltige Mobilität; bei der blossen Aufzählung der Kilometer des Veloroutennetzes oder der Begegnungszonen scheint uns noch nicht klar zu sein, was das Ziel ist und wann dieses erreicht ist. Auch hier ist aus unserer Sicht die Messbarkeit nicht wirklich gegeben.

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat mit den Legislaturrichtlinien vor allem Themenschwerpunkte setzen will und aus seiner Sicht die blossе Messbarkeit nicht immer eine wichtige Rolle spielt. Trotzdem scheint der GPK der Blick auf die Messbarkeit zentral, denn sonst ist das Setzen von Zielen aus unserer Sicht auch etwas überflüssig, weil man am Schluss der Legislatur nicht sagen kann, was man erreicht hat und wie man es erreicht hat. Die GPK erwartet dementsprechend auch mit Interesse bereits jetzt die Auswertung der Legislaturrichtlinien in drei Jahren. Und wir sind auch gespannt, ob sie besser gelingt, als es in der letzten Legislatur der Fall war. Die GPK empfiehlt euch einstimmig, die Legislaturrichtlinien zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Nun, wie es Tom Berger schon angekündigt hat, schliesse ich noch mein Votum für die GB-JA!-Fraktion an.

Selbstverständlich finden auch wir es positiv, dass die Legislaturrichtlinien übersichtlicher und besser messbar sind, als es in der letzten Legislatur der Fall war. Aus Sicht der GB-JA!-Fraktion wurde aber auch etwas gar viel Energie darin gesteckt, ein Papier zu erarbeiten, mit dem alle Gemeinderatsmitglieder glücklich sind. Dies führt aus unserer Sicht nämlich dazu, dass die gesetzten Ziele weit weg von ambitioniert sind. Ich habe es im Votum für die GPK bereits gesagt, es werden dementsprechend oft auch Massnahmen und Anlässe aufgelistet, die sowieso schon vorgesehen sind und die Stadt

Bern nicht revolutionär weiterbringen. Und es führt offensichtlich auch dazu, dass bestimmte Themen komplett ungenannt bleiben. Die beiden offensichtlichsten aus unserer Sicht sind der Abbau von Parkplätzen, ein Thema, bei dem wir davon ausgegangen sind, dass es ein zentrales Anliegen der laufenden Legislatur sein soll, oder auch der Ausbau von kostengünstigem Wohnraum beziehungsweise die Erhöhung der Anzahl der GüWR-Wohnungen, also der Wohnungen mit Belegungskriterien; dies ein Ziel, das in den letzten Legislaturen immer aufgeführt, aber nie erreicht wurde, bei weitem nicht, und jetzt einfach sang- und klanglos wegfällt.

Das sind aus Sicht der GB-JAI-Fraktion nicht Punkte, die eine negative Kenntnisnahme rechtfertigen würden. Trotzdem finden wir die Legislaturrichtlinien für ein Gremium mit einer 4 zu 1 rot-grünen Mehrheit ziemlich enttäuschend. Wir nehmen dementsprechend auch die Legislaturrichtlinien neutral zur Kenntnis.

Präsident: Dann für ihr letztes Votum im Rat und für die Fraktion GLP-EVP, Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Ich darf noch einmal an dieses Rednerpult. Es ist vielleicht jetzt etwas erstaunlich, wenn ich sage: Diese Legislaturrichtlinien sind richtig gut. Wir haben es aber nach dem letzten Votum schon gehört, dass es vielleicht nicht so erstaunlich ist. Ich sage das für die GLP-EVP-Fraktion einem Gemeinderat mit vier von fünf RGM-Vertreter*innen. Die Kurzzusammenfassung der Schwerpunkte im Stadtratsvortrag bringt es auf den Punkt: Gezielter und effizienter Mitteleinsatz sowie eine leistungsfähige Verwaltung, Engagement für Klimaschutz und Klimaanpassung durch technische Massnahmen und die Förderung eines entsprechenden Bewusstseins, sozialer Zusammenhalt und demokratische Teilhabe stärken, Chancengerechtigkeit fördern und die Bevölkerung aktiv einbeziehen. Das steht schon in etwas so seit eh und je im EVP-Parteiprogramm. Und auch die GLP würde es unterschreiben – sehr schön diese Ziele. Dafür danken wir dem Gemeinderat – und der Verwaltung dahinter für die geleistete Arbeit im ersten Jahr der neuen Zusammenarbeit.

Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir diese Themen ja noch gemeinsam an Wahlveranstaltungen diskutiert. Die Schwerpunkte tönen nach Mitte-Politik im Reinform, wie sie mir so sehr am Herzen liegt, dass ich mich zwölf Jahre darin investiert habe. Und ich bin überzeugt, dass ein Grossteil dieses Parlaments ähnliche Werte und Ziele für unsere Stadt vertritt. Was die politischen Unterschiede ausmacht, sind die konkreten Handlungen, die daraus folgen, und vor allem die Prioritätensetzungen. Und was jeweils der Stadtrat mit den Vorlagen des Gemeinderats macht, ist nochmal ein ganz anderes Thema, was das grösste Hindernis für die Umsetzung des ersten Gemeinderatsschwerpunkts den effizienten Mitteleinsatz betreffend sein dürfte. Nun tauchen wir noch etwas tiefer in die Massnahmen ein, die sich der Gemeinderat für die nun noch drei kommenden Jahre vorgenommen hat.

Betreffend Finanzen und Personal haben wir grosses Vertrauen, dass Melanie die Ziele mit ihrem Team umsetzen wird, wenn auch der Stadtrat vorausschauend und verantwortungsvoll handelt, um die Worte des Gemeinderats zu brauchen. Beim dynamischen Wirtschaftsstandort ist die Lage schon viel kritischer. Auf die Wirtschaftsstrategie warten wir schon seit Jahren. Und wir wissen, dass die pointierte linke Politik hier im Stadtrat vielen Firmenchefs wohl öfter Sorgen bereitet. Umso wichtiger ist das persönliche Engagement des Gemeinderates im engen Austausch.

In den Bereichen Energiewende umsetzen, nachhaltige Mobilität und klimaresiliente Stadt gibt es viel zu tun. Da ziehen wir gemeinsam am gleichen Strick und haben mit

der Energie- und Klimastrategie 2035 gute Leitlinien. Insbesondere die Förderung von E-Mobilität und innovative Logistiklösungen im Massnahmenkatalog erfreuen uns. Dann bleibt noch der dritte Schwerpunkt zu Demokratie, sozialer Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Die Partizipation der Bevölkerung in politischen Prozessen zu fördern, ist in der sich verändernden Gesellschaft keine einfache Aufgabe. Die Quartiermitwirkung zu überarbeiten, ist sicher mal ein Ansatz, aber kein Zaubermittel. Um die verschiedensten Menschen in der Stadt im politischen Geschehen wieder mehr mitzunehmen, dafür braucht es viel mehr. Und es braucht vor allem uns alle hier drin. Auch der gerechte Zugang mit niederschweligen Angeboten, chancengerechtem Zugang zu guten Schulen und gesellschaftlichem Zusammenhalt fördern, sind riesige Aufgaben. Ob die formulierten Massnahmen wirklich viel verändern, ist aus meiner Sicht sehr unsicher. Der Qualität unserer Schulen Sorge tragen – unbedingt. Dazu ist die Mobbing-Prävention sicher ein guter Ansatz. Und auf die frühe Förderung und Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern fokussieren, ist zentral. Das ist die wirksamste Massnahme zur Förderung von Chancengleichheit.

Am Schluss sind noch die Entwicklungsareale der Stadt aufgeführt und auf der letzten Seite der Massnahmen übrigens die GüWR-Wohnungen. Lea, du hast sie wahrscheinlich übersehen. Es ist drin, aber zuhinterst. Da sind eben die Entwicklungsareale der Stadt aufgeführt und wo sie in drei Jahren stehen sollen.

Es wartet viel Arbeit auf den Gemeinderat und die städtischen Mitarbeitenden. Viel Freude und Ausdauer für eure Arbeit und auch euch hier im Stadtrat wird es nicht langweilig werden. Ich wünsche euch für euer weiteres Wirken viel Weisheit, gegenseitigen Respekt und Freude an unseren weltweit gesehen aussergewöhnlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Vielen Dank und bis bald.

Präsident: Merci vielmals. Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Die alten Legislaturziele waren sicher ein Spiegelbild einer globalen und nationalen Krise. Die Corona-Seuche ging 2021 noch in der Stadt herum, der Fokus lag anderswo. Die neuen Legislaturziele sind ein Aufbruch mit einem klaren Plan. Die Legislaturziele spiegeln wider, dass der Gemeinderat sich auf eine gemeinsame Strategie geeinigt hat. Er hat sich Ziele gesetzt und will sich daran messen lassen. Die Liste der Indikatoren hat er gerade mitgeschickt; keine Selbstverständlichkeit, wenn wir auf die vergangenen Legislaturen blicken.

Man kann geteilter Meinung sein, ob die Finanzen wirklich der allererste Punkt in den Legislaturrichtlinien sein müssen. Wir unterstützen als SP-JUSO-Fraktion eine nachhaltige und vorausschauende Finanzpolitik wie auch das ausgeglichene Budget. Wir anerkennen auch, dass der Gemeinderat hier als Ganzes die finanzpolitischen Herausforderungen anpackt. Wir möchten aber auch daran erinnern, dass weitere Herausforderungen auf die Stadt zukommen, die schwer zu stemmen sind, wenn nur der schwarzen Null hinterhergejagt wird. Die Stadt muss wo nötig auch den Mut haben, ihre politische Flexibilität notfalls mit Schulden zu erhalten.

Corona mag überwunden sein, die Klimakrise ist es noch lange nicht, schon gar nicht in dieser Legislatur. Der Gemeinderat anerkennt diese Herausforderungen mit seinen Bekenntnissen zur Energiewende, nachhaltiger Mobilität und Massnahmen zu einer klimaresilienten Stadt. Unsere Stadt wurde für ein Klima gebaut, das wir nicht mehr haben. Wir brauchen eine Stadt, die den Hitzesommern gewachsen ist und den Menschen Schutz vor den Gesundheitsgefahren bietet, die damit einhergehen. Wir brauchen auch eine Stadt, die der ganzen Bevölkerung Sicherheit vor Wetterkapriolen bietet und nicht

nur denen, die sich eine Klimaanlage oder eine eigene Wärmepumpe fürs Haus leisten kann.

Die bisherige erfolgreiche Arbeit des Gemeinderates ist anzuerkennen. Wir sind auf dem richtigen Weg und diesen will der Gemeinderat weitergehen. Bei den gesellschaftlichen Themen, dem dritten Teil, Demokratie und sozialer Teilhabe, finden wir Dinge wieder, die schon sehr lange auf der Agenda stehen. Die Reformen der Quartiermitwirkung, die Citizen Card, sollen endlich abgeschlossen werden. Und gerade auch bei der Bildung setzt der Gemeinderat auf messbare Massnahmen statt wie früher auf schwammige Bekenntnisse – ein klares Vorgehen, das man in der BSS zu oft vermisst hat. Es wird besser.

Allein das Thema Wohnen hat unserer Meinung nach nicht den Platz in den Legislaturzielen, den es verdient. Wir haben diesen Sonntag gesehen: Die Bevölkerung will Wohnungen bauen, weil sie bezahlbare Wohnungen braucht. Die Stadt hat sich in der Vergangenheit der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen verschrieben. Das will sie sicher weiter tun. Aber gerne hätten wir uns hier mehr klare Strategien und Ziele gewünscht, wie dies erreicht werden soll. Messen wird uns die Bevölkerung nämlich zweifellos noch daran. Der Gemeinderat hat seine gesellschaftlichen Ziele zuhinterst in die Legislaturziele gepackt, die SP-JUSO-Fraktion wird das sicher nicht tun. Aber wir werden die vorgelegten Legislaturziele positiv zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich kann dieses Mal ein anderes Referat halten als sonst. Jahrelang habe ich meistens sagen können, die Wirtschaftsstadt erwähne die Wirtschaft nicht in den Legislaturrichtlinien. Dieses Mal ist sie erwähnt. Ich habe festgestellt, dass die Kritik der SVP aufgenommen worden ist. Das ist positiv. Auch positiv ist für mich die grafische Gestaltung der Legislaturrichtlinien. Für mich ist das übersichtlich und konsequent.

Aber ich muss euch jetzt trotzdem sagen, wieso die SVP die Legislaturrichtlinien trotzdem negativ zur Kenntnis nimmt. Es gibt durchaus positive Punkte, das haben wir auch schon gesagt, beim Budget – stabile Finanzen. Ja, das Problem ist erkannt, aber von mir aus hat das einfach viel zu wenig Konsequenzen. Tue Gutes und sprich davon und handle danach. Aber wenn man sieht, wie man teilweise Geld ausgibt für Sachen, die es nicht braucht, wenn man sieht, dass darunter Wasser ist, wenn man weiss, was schon allein der Unterhalt dieser Gebäude kostet, wie viel an Reserven man ausserdem haben muss, muss man einfach sagen: Es ist verdammt eng. Da muss der Gemeinderat doch den Mut haben, gewisse Vorhaben, die meines Erachtens heute nicht mehr nötig sind, zu überdenken. Ich bin wie Cassandra. Gerade bei Bauvorhaben, die durch Einsprachen und vor allem Beschwerden langjährig blockiert sind, muss man sich überlegen, braucht es sie noch? Im Fall des Wyssloch-Schulhauses hat man es gemacht, im Fall des Kirchenfeld-Schulhauses leider nicht. Dort musste man Wasser herauspumpen. Es hat ziemlich viel Wasser gehabt, wie Feuz es befürchtet hat. Ich hoffe auch, dass man bei der Tagesschule Wyssloch zu neuen Erkenntnissen kommt. Diese 8,5 Millionen sind meines Erachtens auch falsch investiert. Es ist ein falscher Standort für eine Tagesschule. Das sind für mich eben alles wichtige Punkte, wo man sparen kann. Man muss nicht sparen, ich habe das schon früher gesagt, als ich einmal einen PdA-Antrag zum Bücherkredit der Volkshochschule unterstützt habe, wenn es um 7'500 Franken geht. Das bringt das Budget nicht aus dem Gleichgewicht. Das Budget gerät auch nicht aus dem Gleichgewicht, ich sage das immer, wenn Timur da ist, beim

Zirkus Wunderplunder. Den haben wir ja meistens, ich habe den meistens unterstützt, weil ich auch sage: Das ist nicht dort, wo es kritisch ist. Aber stabile Finanzen, das ist ein Punkt, wofür man eben zu wenig konsequent handelt. Ich werde den Gemeinderat wieder daran messen. Wir haben recht gute Jahre, haben nur geringe Überschüsse. Daher kommt es eben gesamthaft nicht gut. Jetzt wäre die Zeit, um die nötigen Konsequenzen zu ergreifen, damit man schöne Überschüsse und einen Schuldenabbau macht. Ich habe immer gesagt, ich wäre am ehesten für eine Steuersenkung. Aber damit bin ich immer gescheitert. Ich sage immer, wenn das Geld nicht mehr bei der Stadt ist, wird es nicht verdummt. Und das war ja das Problem in den guten Jahren. Als man die Motion Gubser nicht umgesetzt hat, hat man das Geld für die Verdoppelung gewisser Leistungsverträge verwandt.

Ich komme zum Punkt "Klimafreundlichkeit und Resilienz". Und das ist jetzt genau das. Ich habe gesehen, der Stimmbürger ist euch wieder gefolgt. Aber genau das ist der Punkt, wo die Stadt Bern eben falsch aufgleist. Man zerstört ein Viererfeld, man zerstört ein Gaswerkareal und meint dann, ich bringe das Beispiel immer wieder, mit dem Pflanzen von ein paar Sträuchern in Plastikkübeln an der Thunstrasse oder beim Helvetiaplatz ein paar dürre Bäume pflanzen, rette man das Klima. Ihr könnt auch im Breitenrain 16 Parkplätze aufheben und die mit Mergelbelag versehen. Damit rettet ihr das Klima auch nicht. Und auch wenn ihr eine Rabatte mehr um die Bäume herum macht, reicht es nicht.

Auch der Punkt nachhaltige Mobilität: Ihr wisst, das Baugesuch für den Doppelgelenkbus Köniz ist ja jetzt am Laufen. Die haben jetzt dann Doppelgelenklinien. Als ich damals verlangt habe, nach Ostermundigen eine Doppelgelenklinie zu machen, hat man gesagt, das gehe nicht, das sei technisch nicht möglich. Nach den Einwänden, die das ASTRA (Bundesamt für Strassen) beim BAV (Bundesamt für Verkehr) macht – es ist nicht Feuz oder die böse SVP, die sagt, die Abstandsvorschriften stimmen nicht –, gehe ich davon aus, dass das noch einmal länger gehen wird. Ich würde jetzt mal sagen: Das Tram wird frühestens 2034/2035 fahren.

Auch das mit der klimaresilienten Stadt – wir haben eigentlich hier schon den 2. Punkt, daher will ich mich nicht gross wiederholen.

Bei "Demokratie fördern" ist für mich der Punkt: Ich bringe einen Klassiker, der aktuelle Fall Tierpark. Man hat gross gesagt, es sei ein Kommunikationsfehler gewesen. Wenn man Angst hat wegen der Zufahrt beim Streichelzoo – zuerst kommt der Spielplatz und dann kommt der Streichelzoo – und dann macht man richtigerweise die Zufahrt von hinten, wie wir auch schon gesagt haben. Da muss ich einfach sagen, wäre hier die Stadt einmal mehr zuerst in die Quartierkommission gegangen, wie wir es auch beantragt haben, wir sind ja auch im Stadtrat grossartig gescheitert, dann hätten wir die Probleme nicht gehabt. Und darum: Die Demokratie fördern als Ziel ist gut. Aber die Umsetzung ist für mich eben ungenügend. Und darum bin ich der Meinung, hier müsse man ansetzen, insbesondere in Zukunft. Ich messe euch an euren Worten, wir messen euch an euren Worten punkto Klimaschutz, aber auch beim anderen. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt habe ich auch ein paar Bemerkungen. Solange wir aus politischen Gründen in der Reithalle ein Hausverbot haben und weder Kultur Stadt Bern, die Leitung noch der Gemeinderat das einen Anlass finden, dort zu intervenieren, dann habt ihr die Aufgaben eben nicht erfüllt. Und auch dort werden wir schauen. Es kann nicht sein, dass man uns ausgrenzt und wir trotzdem mit unserem Steuergeld dafür zahlen müssen.

Aus diesen Gründen nehmen wir den Bericht negativ zur Kenntnis.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte ist so mittelfrieden mit den Legislaturrichtlinien. Richtig und absolut wichtig ist die Finanzstabilität. Und ich sage, wenn die Finanzen für euch zu weit vorne sind, für uns sind sie absolut am richtigen Ort. Wohlfahrt braucht Wohlstand. Damit wir sozial sein können, müssen wir es finanzieren können mit einem starken Wirtschaftsstandort, mit stabilen und gesunden Finanzen und das begrüßen wir von der Mitte. Ohne solide Finanzen gibt es keinen guten Service public und keine Handlungsfreiheit für morgen, auch nicht für Kultur und weitere soziale Projekte.

Aber für uns fehlt eben dennoch auch der Blick in den Rückspiegel, den es braucht, wenn man in die Zukunft plant. Aus verpassten Investitionen in Sicherheit und Bildung hat man in den letzten Jahren zu wenig gelernt. Sicherheit und Bildung gehören ebenso ins Zentrum bei Legislaturrichtlinien, wie die Finanzen. Sicherheit kommt nur indirekt vor in diesen Legislaturrichtlinien.

Präsident: Ich habe mir wirklich gewünscht, es an der letzten Sitzung nicht mehr tun zu müssen. Aber ich denke, ihr wisst es selbst, schon nur, wenn man in den Rat schaut, wie viele Menschentrauben sich gebildet haben. Bitte auch an der letzten Sitzung: Geht raus, wenn ihr etwas zu besprechen habt. Und wenn ihr drin seid, seid bitte ruhig.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: "Sabi", den ich vorhin angesprochen habe, ist jetzt wieder da. Sicherheit und Bildung gehören ebenso ins Zentrum der Legislaturrichtlinie wie die Finanzen. Die Sicherheit kommt in diesen Legislaturrichtlinien nur indirekt vor. Und Bildung ist im Schatten des Labels "Gerechter Zugang für eine wachsende Stadt und einen Bildungsstandort Bern" – irgendwie eine falsche Gewichtung. Wenn alles wichtig ist, ist am Schluss nichts mehr wirklich prioritär. Und für uns gehören Finanzen, Sicherheit und Bildung gemeinsam in die erste Reihe der Legislaturrichtlinien und nicht nur an den Rand. Es hat natürlich weitere wichtige Ziele in diesen Legislaturrichtlinien drin.

Ich hätte tatsächlich nie gedacht, dass ich einmal Lea Bill zitieren würde: "Es gibt zwar Themen, die wichtig sind, aber die Stadt nicht revolutionär voranbringen." So ein Beispiel ist es, wenn man in den Legislaturrichtlinien festhält, dass wir die Demokratie fördern wollen. In diesem Kontext und wenn man die Legislaturrichtlinien auf wenige Punkte herunterkürzen oder eben synthetisieren will, dann ist das sicher ein Must, aber im Sinne von sowieso und nicht als etwas, das man gleich gewichtet wie eben andere Schwerpunkte, die vielleicht nicht einmal vorkommen. Eine Stadtpolitik, die Klimaziele, Beteiligungsprojekte und Investitionen plant, aber ohne die Sicherheit und Bildung gleichermassen in das Zentrum zu stellen, ist wie ein Haus mit einer schönen Fassade, aber mit nur den Finanzen als einzelnen Pfeiler einem relativ schwachen Fundament. Wir sind der Meinung, man müsse bei Legislaturrichtlinien zeigen, was wichtig ist, aber eben auch so, dass man schlau vorausplanen kann. In dem Sinn nehmen wir die Legislaturrichtlinien neutral, mittig zur Kenntnis. Vielen Dank.

Präsident: Für die Fraktion GFL, Tanja Miljanović.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Bern ist eine Stadt, die politisch Grosses möglich macht. Eine Stadt, die mit ihren Abstimmungsergebnissen Signale aussendet, die anderswo als Aufbruch gefeiert würden. Bei diesen Zustimmungswerten bekommen Führungspersonlichkeiten feuchte Träume und Wirtschaftswissenschaftler*innen, die Öko-

nomie als Denkraum verschiedener Schulen verstehen und nicht als dogmatische Religion wie das Institut in Luzern, würden jubeln. Transformations- und Zukunftsforscher*innen dürfte unter den Nägeln Feuer brennen. Denn wir wissen es: 3% der Bevölkerung auf die Strasse – damit kann man eine Regierung oder ein Regime stürzen. Hat man 30% der Bevölkerung hinter sich, kann man die soziale, politische und wirtschaftliche Realität vor Ort grundlegend verändern. Kurz, die Stadt Bern öffnet Räume für neue Ideen. Aber warum erhält dann genau diese Stadt Legislaturziele, die dermassen blutleer, zahnlos und völlig entkoppelt von der Klimakrise und der technologischen Umwälzung sind? Statt den Schwung dieser Stadt aufzunehmen, bremst der Gemeinderat sich selbst aus. Statt Zukunft zu gestalten, schreibt er alte Formulierungen neu ab. Statt zu führen, verwaltet er. Der Gemeinderat reproduziert Bewährtes, statt zu innovieren. In einer schnelllebigen, disruptiven Welt aber ist Bewährtes zwar weiterhin die Basis, ja. Aber wenn auf diesem Fundament nichts Neues wächst, keine Entwicklung und Innovation stattfindet, dann spriessen auf diesem Boden keine Bäume, ja, nicht einmal Büsche oder Gräser.

Wir, die GFL-Fraktion, wussten zuerst nicht einmal, ob wir überhaupt ein Votum halten sollen, denn zu nichts sollte man auch nichts sagen müssen. Dennoch entschieden wir, die Legislaturziele seien zu wichtig, um unkommentiert zu bleiben. Und darum starten wir mal. Die Stadt spricht von stabilen Finanzen. Gut so, das wollen wir natürlich auch. Aber wie kann man bei einem Schuldenberg von 1,5 Mia. Franken steigend auf 1,8 Mia. Franken bis 2028 den Elefanten im Raum nicht direkt benennen – Schulden, Geld, Banken, Zinsen, Finanzflüsse? Stattdessen steht da ein verklausulierter Satz: "Die Ergebnisse des Aufgaben- und Finanzplans per Ende Legislatur entsprechen dem finanzpolitischen Kompass des Gemeinderats." Also auf gut Deutsch übersetzt: Mein Ziel ist es, dass mein Ziel erfüllt wird. Ein Satz, der nichts aussagt, ein Zeilenfüller.

Was wir begrüssen, ist diese abgestimmte Bewirtschaftung des Stadtportfolios und auch den Einsatz für sachgerechte Abgeltungen. Das ist gut. Aber die Kernfrage wird trotzdem ausgespart: Woher kommt denn das restliche Geld? Die Finanzbranche hat eine enorme Hebelwirkung auf die Klimakrise. Das wissen wir. Die Stadt Bern hat 2024 eigentlich auch den ersten Schritt gemacht und 140 Millionen als Green Bonds ausgegeben. Das wollen sie in erneuerbare Energien, sauberen Transport und grüne Gebäude investieren. Aber warum wagen wir es nicht, auch kleinere städtische Green Bonds zu schaffen? Der weltweite Green-Bond-Markt ist für Grossprojekte ausgelegt – 50 Kilometer Fernwärmenetz. Bern aber hat viele kleine Investitionen und genau deswegen braucht Bern viele kleine grüne Finanzierungsquellen. Ein mutiges Ziel wäre gewesen: Die Stadt Bern baut bis 2028 eine Green-Bond-Strategie für kleinteilige, nachhaltige Investitionen auf. Das wäre Führung. Ein Ziel in dieser Richtung wäre zwar ein Schritt ins Unbekannte, ja. Aber erwarten wir nicht genau das von unseren Führungspersonlichkeiten, Führung?

Kommen wir zur Wirtschaft. Ehrlich gesagt, war mein erster Gedanke hier: Copy-Paste aus irgendeinem alten Dokument. Eine Wirtschaftsstrategie für die Stadt Bern kann doch nicht immer noch ein Schwerpunktthema sein, sondern sollte endlich einmal erledigt werden. Wie oft soll denn dieses Ziel noch auftauchen, bevor es umgesetzt wird? Es wird dadurch nicht wahrer, nimmt aber den Platz für eine inhaltliche Weiterentwicklung des Berner Wirtschaftsraums weg.

Bildungsstandort: Ja klar, kennen wir, machen wir mal besser, mal schlechter. Das ist Basisarbeit und kein Zukunftsziel. Die SwissSkills sind jetzt zwar weg. Das ist schade,

milde ausgedrückt – kann man besser machen. Ja, am Bildungsstandort zu arbeiten, ist jetzt wirklich nichts Innovatives, nichts Neues. Das ist die Basis der Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik der Stadt Bern – sollte sie sein. Also, wie wäre es stattdessen zum Beispiel mit einem Berner Hub für Kreislaufwirtschaft, so wie es zum Beispiel in unserer Resolution zur Kreislaufwirtschaft auch steht: Ein zentraler Ort der Kreislaufwirtschaft, der von erfolgreichen Modellen wie dem Basler Kreislaufhaus inspiriert wäre? Dieser Hub könnte als Drehscheibe für Innovation, Forschung, Kreislauf und Transformationsgewerbe dienen und Raum für Beratung und Weiterbildung bieten. Ja, was steht bei der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft? Da steht "Wirtschaftsflächenportfolio in der Agglomeration bekannt machen". Also, wenn man das heute immer noch tun muss, läuft etwas gehörig schief. Das ist doch kein Legislaturziel. Die eigentliche Frage muss doch heute lauten. Wie unterstützt die Stadt Bern ihre Unternehmen beim Umbruch durch künstliche Intelligenz (KI) und Kreislaufwirtschaft als Voraussetzung für Netto Null.

Beginnen wir mal mit der KI. Dass man heute noch Legislaturziele im Bereich Wirtschaft schreiben kann, ohne künstliche Intelligenz auch nur zu nennen, macht mich fassungslos. Fundierte Schätzungen zeigen: Die Arbeitswelt könnte sich in den nächsten drei bis fünf Jahren fundamental verändern. Das ist keine ferne Zukunft. Das ist jetzt. Wie will die Stadt Bern diese Umwälzung begleiten? Wie will sie Unternehmen unterstützen? Was da auf uns zukommt, ist nicht einfach ein kleines Covid-Loch, das wir mit ein bisschen Kurzarbeit und Notgeld und Überbrückungshilfe überbrücken können. Es ist die 5. industrielle Revolution.

Klimakrise: Wir haben die Pariser Ziele unterschrieben. Aber in diesen Legislaturzielen findet sich kein einziger ernsthafter Ansatz, wie wir Unternehmen, also die Wirtschaft, auf dem Weg zur Transformation unterstützen wollen. Kreislaufwirtschaft, nichts, Konsum, nicht, Zero Waste, nada, Fehlanzeige. Aber genau dort entscheidet sich doch, ob wir Netto Null überhaupt erreichen können.

Es ist wirklich glasklar: Netto-Null ohne Kreislaufwirtschaft und ohne Zero-Waste-Strategie ist reine Fantasie. Auch mit Fernwärme und Gebäudedämmung kommen wir da schlicht nicht hin. Für dieses Ziel müssen wir nicht einmal Pionierarbeit leisten. Amsterdam zeigt seit Jahren, wie eine moderne Stadt Ressourcenflüsse mitsteuert, Abfall vermeidet und Innovation ermöglicht. Dort wäre Copy-Paste ausnahmsweise mal wirklich angemessen. Einmal wird die Kreislaufwirtschaft erwähnt in diesem Papier, beim Baukarussell, ein guter Punkt, den wir in der GFL seit langem fordern. Aber ohne Ziele, ohne Zahlen, ohne Zeitplan – das ist nicht mutig, das ist ein Bluff. Dabei reden wir hier nicht über eine Randnotiz der Umweltpolitik oder der Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist der Kern jeder glaubwürdigen Klimastrategie. Sie betrifft Emissionen, Ressourcen, Gesundheit, Materialflüsse, Konsum, Produktion. Das ganze System, das uns überhaupt erst in diese Krise geführt hat, und das gleiche System, das uns aus der Krise herausführen kann. Aber ausgerechnet diese Zusammenhänge fehlen komplett.

Nicht einmal die Wörter Abfall, Plastik oder Zero Waste kommen vor. Wie soll eine Stadt Netto Null erreichen, wenn sie nicht einmal die Begriffe erwähnt, die dafür entscheidend sind? Währenddessen lesen wir heute im Bund – das betrifft jetzt auch die Gesundheit –, dass die Plastikproduktion bis 2040 zu einem der grössten Treibhausgasverursacher weltweit werden könnte. Hinzu kommt die Frage der Gesundheit. Denn wir wissen, dass ein Durchschnittsmensch in unseren Breitengraden pro Woche ca. eine Kreditkarte Plastik isst. Nachhaltige Verpackungen oder eben das jetzt mehrfach erwähnte Zero Waste sind für den Gemeinderat aber kein Thema, auch nicht auf der Metaebene. Besonders schwerwiegend wiegt ferner, dass der gesamte Konsum als über-

geordnetes Thema auch ausgeklammert wird, obwohl wir wissen, dass die Reduzierung der territorialen Emissionen, wie sie heute aktuell in Bern betrieben wird, an sich ein buchhalterischer Trick ist. Denn das Klima hält sich nicht an Buchhaltung.

Ich könnte noch viel länger reden, aber das würde Tom nur sauer machen. Es blinkt hier auch schon. Darum sage ich es kurz: Wenn der Gemeinderat nicht den Mut hat, diese Pflöcke einzuschlagen, dann tun wir es, liebe Kolleginnen und Kollegen, das nächste Jahr gemeinsam.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Die Legislaturziele nimmt die FDP-Fraktion neutral zur Kenntnis. Wir begrüssen, dass die Bemühungen um stabile Finanzen wirklich spürbar sind, und auch ausgedeutet wird, dass der städtische Haushalt ausgeglichen sein soll. Aber was nützt das, wenn der Stadtrat dann alles wieder über den Haufen wirft? Ja, das Budget ist schon lange nicht mehr ausgeglichen. Bei den Zielen der verantwortungsvollen Arbeitgeberin begrüssen wir ebenfalls die Effizienzbestrebungen. Wir weisen aber auch seit Jahren darauf hin, dass wir das HR gerne zentralisiert haben wollen. Und was in der Stadt Bern einfach sehr schlecht ist im Moment noch: Die Fehlzeiten der Leute sind einfach zu hoch. Dort muss etwas gehen.

Betreffend Wirtschaft sind schöne Ziele drin. Und wie schon die Vorredner*innen gesagt haben: Die Wirtschaftsstrategie sollte jetzt wirklich greifen. Nicht nur die SVP-Fraktion hat ja immer darauf hingewiesen, sondern auch die FDP, dass die Wirtschaftsstrategie in diesen Legislaturzielen fehlt, und nun ist sie endlich erwähnt, das ist tiptopp. Doch auch hier: Was nützen die Ziele, wenn der Stadtrat ständig anders entscheidet, und zwar nicht im Sinne der Wirtschaft? Und oft so entscheidet, dass es eben der Wirtschaft schadet? Und wenn auch das Stimmvolk der Stadt Bern als einzige Stadt eine fragwürdige Initiative annimmt? Den Wirtschaftsleuten gibt es definitiv zu denken und sie sind besorgt. Und darüber würde ich nicht lachen, ich würde mir hier als Bürgerin und Bürger auch auf der linken Seite des Rates effektiv Sorgen machen und es sollte euch auch zu denken geben.

Das Ziel, das in den Legislaturrichtlinien aufgeführt ist unter diesem Thema, nämlich SwissSkills nachhaltig in Bern zu haben, hat schon einmal nicht geklappt. Und das ist tragisch. Bern ist nicht berücksichtigt worden. Die nächsten SwissSkills finden nicht in Bern statt. Überlegt mal, warum.

Die nachhaltige Mobilität, Ziel Nummer 5, und hier möchten wir auch auf die demografische Entwicklung hinweisen: Nicht alle können mit dem Velo unterwegs sein. Und nicht alle können immer zu Fuss gehen. Und nicht alle sind gut zu Fuss. Es gibt auch Leute, die auf das Auto angewiesen sind oder auf ein Fahrzeug, das sie hinbringt. Deshalb: Die Leute nicht vergessen und die demografische Entwicklung berücksichtigen.

Das Ziel der innovativen Logistiklösungen: Davon reden wir auch schon lange. Und das ist ebenfalls begrüssenswert. Aber auch hier: Der Stadtrat wird wieder daran herum-schrauben. Die Anwohnerinnen und Anwohner werden oft vergessen und die Kundinnen und Kunden von Geschäften werden ebenso vergessen. Und für eine richtige Logistiklösung bräuchte es eben auch, wie es schon ein paarmal erwähnt wurde, den Mut, mal eine grosse Sache zu machen.

Dem Ziel Nummer 8 betreffend gerechten Zugang für alle, die Einführung einer Citizen-Card stehen wir sehr skeptisch gegenüber.

Fazit, wir erwarten bei den Zielen und der Umsetzung, dass innerhalb der Stadtdirektionen und Abteilungen auch wirklich zusammengearbeitet wird und dass die vernetzte Gesamtsicht angewendet wird. Wir merken vielfach auch, dass die einzelnen Stellen im Silo an ihren einzelnen Zielen arbeiten und die haben halt eben meistens Einfluss auf andere Ziele oder auf andere Direktionen. Wir wünschen uns wirklich, dass die vernetzte Sicht gelebt und eingebracht wird. Wir nehmen als Fraktion FDP die Strategie- und Legislaturziele neutral zur Kenntnis.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Voten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall, dann hat für den Gemeinderat das Wort, Stadtpräsidentin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Herr Stadtratspräsident, geschätzte Stadträt*innen, geschätzte Anwesende, wer selbst schon einmal eine Strategie, eine Vision oder eben Schwerpunkte erarbeitet hat, kennt das wohl aus eigener Erfahrung – das Produkt, das am Ende herauskommt, das ist wichtig. Darum nimmt man die Arbeit überhaupt auf sich. Der Gewinn geht aber häufig darüber hinaus. Auch der Erarbeitungsprozess an sich kann ein Benefit sein. Ich bin überzeugt, dass das im Fall der Legislatorschwerpunkte für den Gemeinderat der Fall ist. Wir sind Anfang Jahr als fünf neue Direktionsspitzen gestartet mit drei neuen Mitgliedern im Gremium. Mit den Legislatorschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Verständnis erarbeitet, wo wir gemeinsam hinwollen. Die Arbeit war für uns, wenn man so will, auch eine Art Team-Bildung. Die Legislatorschwerpunkte zeigen, wo der Gemeinderat einen besonderen Handlungsbedarf sieht und wo er ein spezielles Augenmerk darauf legen will. Das sind die Themenbereiche Ressourceneffizienz und Leistungsfähigkeit, Klimafreundlichkeit und Resilienz, Demokratie und soziale Teilhabe.

Die Legislatorschwerpunkte ergänzen die bestehenden langfristigen Strategien der Stadt Bern wie etwa das Stadtentwicklungskonzept, die Wohnstrategie, die Energie- und Klimastrategie oder die Rahmenstrategie "Nachhaltige Entwicklung". Sie wurden in Übereinstimmung mit diesen festgelegt. Die Schwerpunkte bilden nicht sämtliches Handeln der Stadt Bern für die nächsten vier Jahre ab. Vielmehr sollen sie eine Orientierung nach aussen wie auch nach innen bieten. Sie sollen aufzeigen, wo der Gemeinderat besonderen Handlungsbedarf sieht und mit welchen Massnahmen er dabei konkret ansetzen will. Im Bericht zu den Legislatorschwerpunkten führen wir jeweils aus, warum wir in diesen Themenbereichen besonders ansetzen wollen. Es handelt sich um eine strategische Gewichtung. Für den Gemeinderat ist wichtig, dass seine Legislatorschwerpunkte auf Wirksamkeit ausgerichtet sind und Verbindlichkeit ausweisen. Darum hat er zu den drei Schwerpunkten jeweils drei Ziele formuliert, auf die er in der laufenden Legislatur hinarbeiten will.

Die Ziele wiederum sind mit jeweils drei konkreten und innerhalb der Legislaturperiode erreichbaren Massnahmen unterlegt. Das schafft Verbindlichkeit. Auf Ende Legislatur kann anhand der Massnahmen dann Bilanz gezogen werden. Ich danke der GPK für ihre anerkennende Rückmeldung zur Überprüfbarkeit der Massnahmen. Das war auch dem Gemeinderat sehr wichtig. Ich komme zum Schluss. Die Lebensqualität in Bern ist hoch. Die Menschen leben gerne hier und noch mehr Menschen möchten gerne hier leben. Das zeigt auch der knappe Wohnraum. Die Stärkung und Sicherung der Lebensqualität und die Schaffung von mehr und bezahlbarem Wohnraum sind und bleiben zentrale Leitmotive für die Stadt Bern. Wir haben am Sonntag wichtige Weichen gestellt mit Weyermannshaus West und Gaswerkareal. Ja, es braucht gemeinsames, engagier-

tes und zielgerichtetes Handeln, damit wir effektiv auch erreichen, was wir uns vorgenommen haben. Wir sollten negativen gesellschaftlichen Entwicklungen entschieden entgegentreten und gemeinsam Verantwortung übernehmen für unsere Stadt und für alle Menschen, die hier leben.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung zu diesem Geschäft. Wie gesagt: Es ist eine Kenntnisnahme. Ihr könnt die Legislaturrichtlinien des Gemeinderats zustimmend zur Kenntnis nehmen, dann stimmt ihr Grün, ablehnend, dann stimmt ihr Rot, oder ohne Wertung. Das entspricht einer Enthaltung und der Farbe Weiss.

Abstimmung Nr. 009

2024.PRD.0058: Kenntnisnahme

Zustimmend

Ja	34
Nein	4
Enthalten	29

Präsident: Ihr nehmt die Legislaturrichtlinien zustimmend zur Kenntnis. Wir kommen zu Traktandum Nummer 5.

2021.BSS.000091

5 Wohnstrategie der Stadt Bern: Umsetzung von Massnahme 5.6 (Wohnberatungsstelle); Nachkredit zum Verpflichtungskredit

Präsident: Ich erlaube mir ganz kurz die Bemerkung: Ab sofort starten wir neue Traktanden, werden diese aber unterbrechen, wenn es Zeit ist, die Traktanden zu unterbrechen. Es wird heute bitte keinen Ordnungsantrag geben, die Sitzung zu verlängern, sonst wird das Bier warm.

Traktandum Nummer 5 ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Wohnstrategie der Stadt Bern, Umsetzung von Massnahme 5.6 Wohnberatungsstelle. Es ist ein Nachkredit zum Verpflichtungskredit. Für die SBK hat hier das Wort Monique Iseli. Monique Iseli wird das Fraktionsvotum der Fraktion SP-JUSO direkt anhängen. Das bedeutet: Ihr könnt euch ab sofort für weitere Fraktionsvoten anmelden. Zuerst für die SBK, Monique Iseli.

Monique Iseli (SP) für die Kommission: Es geht um ein Beratungsangebot für Wohnungssuchende, das bereits existiert und jetzt weitergeführt werden soll. Dafür beantragt der Gemeinderat einen Nachkredit zum bereits gesprochenen Verpflichtungskredit. Die Wohnstrategie der Stadt Bern wurde 2018 vom Gemeinderat verabschiedet. Sie sieht vor, dass die Stadt ihren Handlungsspielraum in der Wohnpolitik nutzt. Die Wohnstrategie verfolgt das Ziel, eine gute Wohnungsversorgung für alle Berner*innen sicherzustellen und gerade die Menschen auf Wohnungssuche zu unterstützen, die auf dem Markt benachteiligt sind – armutsbetroffene Menschen, Menschen mit einer Behinderung, ältere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Die Strategie wird unter anderem mit der Massnahme 5.6 zum Ausbau der Wohnberatungsstelle umgesetzt. Wer das Angebot kostenlos nutzen darf, richtet sich nach den Kriterien für eine

KulturLegi. Im Jahr 2024 fanden insgesamt 762 Beratungen statt. Dieses Jahr von Januar bis April waren es 346 Beratungen, davon 254 Walk-In-Beratungen.

Um diese Massnahme umzusetzen, hat der Stadtrat 2023 einen Verpflichtungskredit für vier Jahre von total 352'000 Franken in jährlichen Raten von 88'000 Franken bewilligt. Die Stadt hat zur Auftragserteilung ein Einladungsverfahren durchgeführt und dann mit der Heilsarmee einen zweijährigen Leistungsvertrag für 2024 und 2025 abgeschlossen. Im September 2024 hat der Stadtrat in der Budgetdebatte dann den Kredit für das Folgejahr 2025 um 80'000 Franken erhöht und eine gleichlautende Planungserklärung für die Jahre 2026 und 2027 eingereicht. Die entsprechenden Mittel sind im Budget 2025 und 2026 sowie im AFP 2027 eingestellt. Der zweijährige Leistungsvertrag ist am 31. Oktober ausgelaufen. Kurz zu dieser etwas komischen Periodizität: Man wollte 2023 nach Verabschiedung der Wohnstrategie so schnell wie möglich handeln, da die Wohnknappheit zunahm. Deshalb startete man bereits im November 2023, was zum Auslaufen des Vertrags jetzt Ende Oktober 2025 führte. Der Gemeinderat hat nun mit der Heilsarmee den Leistungsvertrag für zwei Jahre verlängert.

Die Heilsarmee hat sich in den letzten zwei Jahren als überzeugende und kooperative Betreiberin erwiesen. An dieser Stelle bedanken wir uns von der Kommission bei den Mitarbeitenden der Heilsarmee sowie beim federführenden Sozialamt für die wichtige Arbeit. Das Angebot soll nun gestützt auf die Planungserklärung des Stadtrats ausgebaut werden. So sollen die Öffnungszeiten erweitert und mehr Termine ermöglicht und Wartelisten abgebaut werden. Es geht jetzt konkret um die Umsetzung, das heisst, entsprechend der Planungserklärung den Verpflichtungskredit für den Leistungsvertrag 2026 und 2027 zu erhöhen. Der Gemeinderat beantragt einen Nachkredit von total 144'666 Franken, um den ursprünglichen Verpflichtungskredit von 352'000 Franken auf 496'666 Franken zu erhöhen. Die unregelmässige Periodizität des alten Leistungsvertrags wird nun im neuen ausgeglichen. Der neue Leistungsvertrag endet am 31. Dezember 2027.

Noch zu diesem nebst der Periodizität auch etwas komischen Betrag von 144'666 Franken: Der Stadtrat hat den Kredit um 80'000 Franken erhöht, was eigentlich zusammen mit den ursprünglichen 88'000 Franken auf 168'000 Franken käme. Mit der Heilsarmee wurde aber abgeklärt, wie ein weiterer Ausbau erfolgen soll und wie den Bedürfnissen nachhaltig und wirksam begegnet werden kann. Dabei hat sich gezeigt, dass nicht das ganze gesprochene Budget ausgeschöpft werden muss, sondern eben diese 144'666. Die Kommission empfiehlt euch, dem Gemeinderat zu folgen und den Nachkredit zum Verpflichtungskredit zu sprechen.

Die SP-JUSO-Fraktion stimmt dem Nachkredit zu. Die Stadt soll ihren Handlungsspielraum in der Wohnpolitik nutzen können, um sich aktiv gegen die Diskriminierung von armutsbetroffenen Menschen auf dem Wohnungsmarkt einzusetzen. Wer arm ist, eine Behinderung hat, nicht perfekt Deutsch spricht oder im Bewerbungsprozess keinen stabilen Aufenthaltsstatus nachweisen kann, hat auf dem heutigen Wohnungsmarkt schlechtere Chancen. Die Wohnberatungsstelle ist ein konkretes, wirksames Instrument, das genau benachteiligten Menschen hilft. Diese Massnahme ist sozialpolitisch sinnvoll, wohnpolitisch notwendig und entspricht den Zielen der Wohnstrategie. Es ist mit seinem Walk-In-Angebot niederschwellig zugänglich und wird entsprechend rege genutzt.

Die SP-JUSO unterstützt deshalb ausdrücklich den Ausbau der Beratungsstelle für längere Öffnungszeiten, mehr Termine und kürzere Wartelisten. Der Stadtrat hat die Erhöhung des Budgets für diesen Ausbau bereits in der letztjährigen Budgetdebatte be-

schlossen. Jetzt den Nachkredit für die Umsetzung zu gewähren, ist für uns die logische Konsequenz. Auch von unserer Seite nochmal herzlichen Dank an die Heilsarmee und das Sozialamt für die Arbeit. Wir werden also dem Gemeinderat und der SBK folgen.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Wir beraten heute über einen Nachkredit, der in meinen Augen gleichzeitig erfreulich wie auch bedenklich ist. Es geht um 145'000 Franken für die Weiterführung und den Ausbau der Wohnberatungsstelle. Dafür will die Stadt mit der Heilsarmee einen zweijährigen Leistungsvertrag für 2026 und 2027 abschliessen. Erfreulich ist der Nachkredit deshalb, weil der Vortrag dazu an meinem Geburtstag verfasst wurde. Nein, im Ernst, er ist erfreulich, weil er Ausdruck davon ist, dass die Umsetzung der Massnahme 5.6 der Wohnstrategie, also die Wohnberatungsstelle, funktioniert. Das Konzept mit den niederschweligen Walk-In-Beratungen und den längerfristigen Begleitungen bis zum Abschluss eines Mietvertrags scheint aufzugehen. Die Zahl der durchgeführten Beratungen ist eindrücklich: insgesamt 762 im Jahr 2024 und ganze 365 Beratungen allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres. In Kombination mit der Massnahme 5.7, den Mietzinssicherheiten, können Menschen mit geringen Chancen auf dem Wohnungsmarkt so wirksam unterstützt werden. So weit, so gut.

Eingangs habe ich gesagt, die Vorlage sei aber auch bedenklich. Bedenklich ist sie deshalb, weil sie die sich verschärfende Wohnungskrise abbildet, die hinter der grossen und steigenden Nachfrage nach Unterstützung durch die Wohnberatungsstelle steht. Die Probleme sind bekannt: eine konstant unterirdische Leerwohnungsziffer, eine steil nach oben weisende Mietzinskurve, missbräuchliche, überbezahlte Mietzinse nach Sanierungen oder eben Diskriminierungen im Wohnungsmarkt aufgrund von Einkommen oder Aufenthaltsstatus. Das Angebot der Wohnberatungsstelle ist angesichts dieser Probleme zwar wichtig, doch ausschliesslich Symptombekämpfung. Versteht mich nicht falsch: Es ist wichtig und richtig. Die Unterstützung der vulnerablen Bevölkerungsgruppen ist eine zentrale Aufgabe der Stadt. Doch es ist ebenso wichtig, das Problem an der Wurzel anzugehen. Auch die Lösungen sind bekannt. Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum. Es braucht den Kauf von Land und Liegenschaften durch den Fonds, um sie der Spekulation zu entziehen. Es braucht die konsequente Umsetzung der transparenten Vormieten – im Kanton Bern seit Montag in Kraft –, die zügige Einführung der Mietzinskontrolle nach Sanierungen, wie sie eine vom Stadtrat überwiesene Motion fordert, oder eben auch die Umsetzung von kostengünstigen und sozialverträglichen Sanierungen. Wir möchten den Gemeinderat einladen, diese Palette an Massnahmen voll auszuschöpfen, um die Wohnungskrise mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen und das Recht auf Wohnen in der Stadt Bern umzusetzen. Eines davon ist die Wohnberatungsstelle. Und für die GB-JA!-Fraktion ist klar: Wir begrüssen den Ausbau und wir stimmen dem Nachkredit selbstverständlich zu.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Wir alle wissen, dass in der Stadt Bern Wohnungsnot besteht. Darum ist auch nachvollziehbar, dass die Leute sich Hilfe suchen bei Beratungsstellen. Wir von der Mitte sind der Ansicht, dass die Ausweitung mittels Nachkredit nicht der richtige Ansatz ist. Es nützt nichts, mehr Ressourcen zu sprengen, um noch mehr Personen zu sagen, dass wir keine Wohnungen haben. Die Stra-

ategie muss dazu führen, dass es weniger Beratungsstellen braucht und Geld dafür eingesetzt werden muss. Wir unterstützen das vorhandene Angebot. Aber sie müssen mit dem Budget, das vorhanden ist, auskommen, zum Beispiel durch effizientes Triagieren und dem Nutzen der bereits bestehenden Beratungsangebote. Und der vorhandene günstige Wohnraum in den Immobilien der Stadt Bern muss den Personen gegeben werden, die die Kriterien erfüllen. Und wenn diese Personen die Kriterien nicht mehr erfüllen, müssen sie den Wohnraum auch freigeben. Aus den genannten Gründen lehnen wir den Nachkredit ab.

Präsident: Merci. Für die Fraktion GLP/EVP, Seraina Flury.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Es freut mich, kurz vor Jahresende zum ersten Mal ans Mikrofon treten zu dürfen und noch dazu zu einem Thema, das unser Zusammenleben unmittelbar betrifft, der Wohnpolitik. Die GLP-EVP-Fraktion hat den vorliegenden Antrag intensiv und kontrovers diskutiert. Das Ergebnis ist ein differenziertes Abstimmungsverhalten. Die Fraktion unterstützt den Antrag mehrheitlich. Es gibt jedoch vereinzelte Enthaltungen beziehungsweise Ablehnungen.

Ich erkläre kurz, warum das so ist. Zunächst: Worüber stimmen wir heute ab? Es geht nicht um die grundsätzliche Frage, ob Wohnberatung sinnvoll ist. Es geht einzig um den Nachkredit von 144'660,10 Franken für einen Verpflichtungskredit von knapp einer halben Million, der bereits gesprochen und im Budget und im AFP transparent abgebildet ist. Die GLP-EVP-Fraktion misst einem ausgeglichenen Haushalt und finanzieller Nachhaltigkeit grossen Wert bei. Mit rund 1,5 Mia. Franken Schulden muten wir unseren Nachkommen bereits eine grosse Last für die Zukunft zu.

Letzten Sonntag haben 68,1% der stimmberechtigten Bernerinnen und Berner den ersten ausgeglichenen Voranschlag seit Jahren gutgeheissen. Das ist eine klare Erwartung an dieses Parlament. Wir müssen sorgsam mit dem kleinen Plus von 66'000 Franken umgehen und haushälterisch wirtschaften. Vor diesem Hintergrund wurde die geplante Ausweitung der Leistungsmengen bereits bei dem dem Antrag zugrundeliegenden Budgetantrag im Stadtrat kritisch betrachtet. Einige Kolleginnen und Kollegen werden sich deshalb konsequenterweise auch heute enthalten oder ablehnen. Gleichzeitig hat die Mehrheit in der Fraktion die praktischen Folgen einer Ablehnung abgewogen. Die Verweigerung dieses Nachkredits würde den städtischen Finanzhaushalt kaum entlasten, könnte aber die bereits vorgesehene Leistungsumsetzung unnötig erschweren. Diese Abwägung bewegt die Mehrzahl der Fraktionsmitglieder dazu, dem Nachkredit zuzustimmen.

Zur Sache selbst: Die GLP-EVP-Fraktion setzt sich für ausreichenden Wohnraum und einen funktionierenden Wohnungsmarkt ein. Wir anerkennen, dass es angesichts der Wohnungsknappheit gerade für besonders verletzte Gruppen schwierig ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnberatungen können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Kritisch beurteilen wir den nachträglichen Ausbau der Leistungsmengen. Oft wird ein neues Angebot geschaffen, das erfolgreich ist und dann trotz finanziell angespannter Lage weiter ausgebaut. Das wirft die grundsätzliche Frage auf, wie wir mit solchen nachträglichen Ausweitungen umgehen; eine Frage, mit der wir uns immer wieder schwertun. Zusammenfassend unterstützt die GLP-EVP-Fraktion den Antrag mehrheitlich. Wir anerkennen die inhaltliche Bedeutung der Wohnberatung und legen gleichzeitig grossen Wert auf sparsamen Umgang mit den öffentlichen Mitteln.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP anerkennen die Leistungen der Heilsarmee im Bereich Wohnberatung für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Wir anerkennen die Ziele, die im Finden und Halten von Wohnungen und insbesondere in der Prävention des Wohnungsverlusts bestehen. Die Begleitung für Wohnungssuchende, das Vermitteln von Kontakten zu Liegenschaftsverwaltungen, das Schaffen von Wohnraum oder das Vermitteln von Wohnraum finden wir eine gute Sache. Weniger gut hingegen finden wir, dass es hier wieder einmal einen Nachkredit gibt, der aufgrund eines Antrags um Erhöhung des Budgets 2024 und aufgrund von Planungserklärungen im Zusammenhang mit dem AFP zustande gekommen ist. Wir haben bereits ein sehr gutes Angebot in der Wohnberatung, einen guten Sozialstaat und müssen mit Blick auf unsere Finanzen auch einmal lernen, Mass zu halten.

Des Weiteren finden wir es nicht ideal, dass die Stadt den Auftrag mit der Heilsarmee freihändig abgeschlossen hat, ohne Ausschreibung und ohne dass auch andere Organisationen sich hätten bewerben können. Dort erwarten wir künftig mehr Transparenz und auch ein offenes Verfahren. Wir von der FDP lehnen darum den Nachkredit zum Verpflichtungskredit Wohnberatungsstelle ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit. Gut, jetzt könnte ich noch einen Ordnungsantrag stellen, aber das mache ich jetzt nicht.

Präsident: Merci. Für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Das Ganze ist sicher eine notwendige Sache. Das ist ein recht grosses Bedürfnis in der Stadt. Wir haben viele Leute, die obdachlos sind, weil sie einfach keine Wohnung finden, weil es praktisch u.. Möglich ist, bei einer Verwaltung etwas zu bek. Mmen, die eine entsprechende Wohnung ve. Mieten würde. Ich wohne an der Bottigenstrasse in einer älteren Liegenschaft. Neben. Mir hat es eine Wohnung, die von der Heilsa. Mee betreut wird, also respektive die. Mieter werden begleitet; und das jetzt seit 5 Jahren. Ich selbst habe auch ein bisschen Bekanntschaft. Mit diesen Leuten g. Macht. . M Grossen und Ganzen waren sie sehr froh. Der Prozess war ja auch erfolgreich. Man hat ihnen geholfen,. Man hat geschaut, dass sie so ein bisschen in geordnete Bahnen k. Mmen, ein gutes Dach über d. M Kopf haben. Sie können selbst kochen, sie können selbst haushalten. Und es gibt eine gewisse Ordnung in die Persönlichkeiten, die sich dort aufhalten. Die Heilsa. Mee als Partner, das sind sicher Leute, die das seriös und gut. Machen. D. Mit habe ich auch sehr gute Erfahrungen g. Macht.

D. Mit will ich sagen: Dies. M Kredit st. Mme ich persönlich auf jeden Fall zu, weil ich überzeugt bin, dass das ein. M echten Bedürfnis entspricht. Und auf die Art und Weise, wie es jetzt ausgebaut wird, kann. Man das sicher angehen und auch einen gewissen Erfolg d. Mit erzielen.

In unserer Fraktion sind nicht alle einig. Mit. Mir. Wir haben dar. M St. Mmfreigabe beschlossen und werden uns auch d. Mentsprechend verhalten. Danke.

Präsident: Gibt es noch Voten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Vielen Dank für die grossmehrheitlich positive Aufnahme dieses Geschäfts. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum trifft armutsbetroffene und bedrohte Menschen am stärksten. Und bei der Wohnungssuche sind viele von ihnen mit sehr anspruchsvollen Ausgangslagen und Hürden konfrontiert, wie zum Bei-

spiel Betreibungsregister, Einträge und Pfändungen, geringe Sprachkenntnisse, psychische Belastungen oder fehlende Meldeadressen. Und für sehr viele ist es sehr schwierig bis unmöglich, eine Mietzinskaution aufzubringen. Und damit bestehen auch sehr grosse Hürden für sehr viele Menschen in der Stadt Bern. Basierend auf der städtischen Wohnstrategie hat die Stadt im Januar 2024 in Zusammenarbeit mit der Heilsarmee diese Wohnberatungsstelle aufgebaut. Und diese bietet eben genau diesen Menschen eine einfache Beratung in Wohnungsfragen, begleitet sie bei der Wohnungssuche und vermittelt Zugang zu Wohnraum. Und gleichzeitig haben wir hier auch eine Unterstützung beim Erbringen der Mietzinsgarantien. Das Angebot hat sich sehr rasch etabliert und hat eine grosse Nachfrage.

An dieser Stelle vielleicht noch kurz eine Replik auf die Forderung der Fraktion Mitte. Wenn ich es richtig verstanden habe, würden Sie sich vielmehr vorstellen, dass so eine Stelle einfach mehr triagiert zu anderen bestehenden Angeboten in diesem Bereich. Hier handelt es sich vielleicht um ein Missverständnis. Es gibt in Bern eben keine vergleichbaren Angebote, die genau diese Arbeit machen können. Wir haben damals eine Lücke geschlossen. Der Bedarf für dieses Angebot kam sehr stark auch von anderen Akteur*innen ausserhalb der Stadt, also nicht ausserhalb der Stadt, des Stadtgebietes, aber von den Kirchen, den Hilfswerken und NGO's. Die haben sich auch an die Stadt gewandt, dass es dieses Angebot braucht, weil sie selbst die Ressourcen nicht haben, um das zu stemmen. Und daher findet sehr viel Triage statt, aber eben von diesen Akteur*innen hin zu diesem nun eben etablierten Angebot, das neu angelaufen ist.

Der Gemeinderat hat im Oktober 2025 die neuen Leistungsverträge für 2026 bis 2027 genehmigt, damit das Angebot lückenlos weitergeführt werden kann. Da die Nachfrage, das haben wir gehört, nach diesem Angebot inzwischen so stark gestiegen ist, soll es in der nächsten Vertragsperiode eben ausgeweitet werden. Konkret sollen die Öffnungszeiten erweitert werden, damit mehr Beratungstermine vergeben werden können, die Erreichbarkeit des Angebots erhöht werden kann und die Wartelisten somit abgebaut werden können. Und dieser Angebotsausbau wurde vom Stadtrat, von euch, ja auch gefordert mit einer Erhöhung der Mittel für das Budget 2025. Und damit wurde auch der Wille zu dieser Ausweitung zum Ausdruck gebracht. Und um diesen Ausbau nun zu ermöglichen, hat der Gemeinderat im neuen Leistungsvertrag mit der Abgeltung für die Heilsarmee den Betrag erhöht. Dafür reicht der bereits bestehende vierjährige Verpflichtungskredit, den der Stadtrat bereits im August 2023 bewilligt hat, eben nicht mehr aus. Und deswegen beantragen wir euch nun den Nachkredit in der Höhe von 144'000 Franken für diese Erhöhung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, ich bin auch nicht mehr so konzentriert und freue mich jetzt auf den Rest des Abends mit euch und auf die weiterhin gute Umsetzung der Wohnberatung.

Präsident: Merci, wir kommen somit zur Abstimmung über dieses Geschäft.

Abstimmung Nr. 010

2021.BSS.000091

Annahme

Ja	51
Nein	11
Enthalten	5

Präsident: Ihr habt dem Kredit zugestimmt.

Das war das letzte Traktandum, das wir heute behandeln. Es ist die letzte Sitzung des Jahres, die letzte Sitzung, die ich leiten darf, und ich erlaube mir abschliessend, einige Worte an euch zu richten, in der Hoffnung, dass ihr mir ein wenig zuhört.

Geschätzte Anwesende, wie ihr spätestens seit meiner Antrittsfeier wisst, bin ich ein Zahlenmensch und ich liebe Statistiken. Deswegen hier zum Start einige Zahlen zum Stadtratsjahr 2025: Wir haben uns an insgesamt 21 Donnerstagen zu insgesamt 42 Sitzungen getroffen, während total 86 Stunden und 5 Minuten, vorausgesetzt ich schaffe es, in 8 Minuten fertig zu sein. Wir haben insgesamt 266 Traktanden bearbeitet, ich habe das jetzt noch korrigiert um die heutigen Traktanden. Wir haben aber auch 202 Traktanden verschoben.

Und eine persönliche Statistik: Ich habe während den Sitzungen dieses Jahr insgesamt 54 Büchsen Mate konsumiert und würde mir für die Zukunft wünschen, dass es hier im Rathaus eine Alusammlung gäbe.

Soweit zu den Zahlen. Bevor ich meine abschliessenden Worte an euch richte, ist es mir ein grosses Anliegen, einer sehr wichtigen Person ganz besonders Danke zu sagen. Ein ganz besonderer Dank gilt Nadja Bischoff, der Leiterin der Parlamentsdienste. Sie hat vor dem Start der Sitzung meine Abschiedsrede nochmals durchgelesen, natürlich ohne diese erste Seite. Liebe Nadja, ich danke dir ganz herzlich für deine enorm wertvolle und stets professionelle Unterstützung. Insbesondere habe ich enorm geschätzt, dass Du mich in gewissen Momenten beruhigt und in anderen Momenten mit einer guten Prise Humor dafür gesorgt hast, dass ich doch tatsächlich selten mal gelacht habe. Ganz herzlichen Dank, liebe Nadja.

Mein Dank gilt aber auch Mago, unserem Ratsweibel, Cornelia, Petra, Joël, Martina, Franck, Jacqueline, Anita, Barbara, Marianne, Clara, Citlali, Nadia und Debora, allen Mitarbeitenden der Parlamentsdienste. Merci auch den Leuten der Rathausverwaltung. Ihr habt es mitbekommen: Diese Abstimmungsanlage hier hat manchmal ihre Tücken. Ebenfalls danke ich den Medienschaffenden, die in zunehmend schwierigerem Umfeld ihrer Arbeit nachgehen und über unsere Arbeit hier berichten. Und ich danke allen Personen auf der Zuschauertribüne; nicht nur jenen von heute Abend, auch wenn mir diese besonders wichtig sind. Vielleicht ist es ein subjektives Empfinden, vielleicht liegt es auch daran, dass ich es von hier aus einfach besser gesehen habe, aber ich hatte dieses Jahr den Eindruck, dass wir sehr viele Zuschauende auf der Tribüne hatten, die sich für unsere Arbeit interessiert haben.

Ein weiterer grosser Dank geht an die Mitglieder des Ratsbüros und – in der Hoffnung, dass sie Zeit findet, das zu hören, ganz besonders an Gabi Blatter: Liebe Büro-Gspäni, herzlichen Dank für euren grossen Einsatz in diesem Jahr und die gute Zusammenarbeit. Wie ich bereits erwähnt habe, werden wir morgen noch weiterarbeiten dürfen.

Als ich im Januar mein Präsidialjahr unter das Motto Respekt gestellt habe, war das nicht einfach eine schöne Überschrift. Es war und es ist ein dringlicher Appell. Denn wir leben in einer Zeit, in der Demokratien unter Druck geraten, weltweit, aber eben auch hier vor unserer eigenen Haustüre. Gerade deshalb ist es entscheidend, dass wir der Demokratie Sorge tragen, dass wir uns daran erinnern, was ein Parlament eigentlich ist. Es ist kein Schauplatz für Aktivismus, für polemische Schlagabtausche oder Effekthascherei. Es ist ein Arbeitsraum, in dem wir, unabhängig von Mehrheiten, nach gemeinsamen Lösungen und Kompromissen suchen sollten.

Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass wir immer gleicher Meinung sein müssen. Aber es bedeutet, dass wir einander zuhören, dass wir uns ernst nehmen und dass wir unsere Worte bewusst wählen. Manchmal würde es schon reichen, vor einem Votum nochmals kurz durchzuatmen. Denn eines ist sicher: Noch niemand hat ein Argument überzeugender gemacht, indem er oder sie das politische Gegenüber abqualifiziert hat, und schon gar nicht, indem man einer anderen Person abspricht, eine Meinung zu haben, nur weil diese Meinung nicht der eigenen Überzeugung entspricht. Dieses Jahr war für mich persönlich eine Achterbahnfahrt im Autobahntempo, rasend schnell mit vielen Hochs und Tiefs, mit vielen spannenden und lehrreichen Momenten und Begegnungen, mit Freude, mit Frust, mit Trauer. Was mir persönlich aber sehr zu denken gibt und mich wirklich besorgt, ist die zunehmende Zahl von Ratsmitgliedern, die mir anvertrauten, dass sie die Freude an diesem Amt zu verlieren drohen, nicht wegen inhaltlicher Niederlagen. Damit kann man umgehen. Sondern weil man irgendwann den Sinn nicht mehr sieht, so viel Zeit zu investieren, so viel Energie aufzubringen, und alles, was bleibt, ist das Gefühl, doch gar nichts bewirken zu können. Ein Teil dieser Frustration entsteht auch dadurch, dass wir uns als Parlament gerne auf Themen stürzen, für die wir gar nicht zuständig sind. Dort debattieren wir dann mit der Leidenschaft eines Weltkongresses. Wir vermischen Aktivismus mit parlamentarischer Arbeit, wir setzen Zeichen und geben uns mit epischen Debatten das gute Gefühl, irgendetwas getan zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, ein Parlament ist dazu da zu debattieren. Und natürlich können und sollen solche Debatten auch mal etwas emotionaler sein, aber wir sollten uns dabei immer am Ziel orientieren, etwas besser zu machen und nicht jemand anderes schlechter. Ich möchte euch daher ermutigen: Fokussiert euch künftig wieder stärker auf das, was in eurer Verantwortung liegt. Sucht die Zusammenarbeit auch über die üblichen Grenzen hinaus. Hört einander zu und habt Respekt vor der Sache, vor eurem Gegenüber und auch vor euch selbst, denn diese Arbeit hier in diesem Amt ist ein Privileg, ja manchmal auch ein wenig eine Zumutung, aber am Ende des Tages eine sehr ehrenvolle. Und eine Demokratie lebt nicht von Perfektion, sondern von Menschen, die sich einbringen, Menschen wie ihr.

Mein Präsidialjahr stand unter dem Motto Respekt. Zudem habe ich mir persönlich ein Ziel gesetzt. Ich habe mir vorgenommen, die Sitzungen hier ein Jahr lang so zu leiten, wie ein Schiedsrichter ein Spiel im Sport. Meine Aufgabe ist bzw. war es, darauf zu achten, dass die Regeln, die wir uns selbst gegeben haben, für alle gleich sind und von allen eingehalten werden. Und ein Schiedsrichter hat dann seine Arbeit gut gemacht, wenn am Ende über das Spiel und nicht über ihn und seine Entscheide diskutiert wird. Ob mir dieses Ziel gelungen ist, weiss ich nicht.

Zum Schluss möchte ich euch allen danken für die Zusammenarbeit, für die Diskussionen, für die Geduld und, ja, auch manchmal für jene Momente, in denen ich mich gefragt habe, ob ich wirklich der Schiedsrichter bin oder vielleicht doch eher der Dirigent oder Kindergartenpädagoge. Wahrscheinlich war es von allem ein bisschen.

Es war mir eine grosse Ehre, dieses Parlament ein Jahr lang leiten zu dürfen. Ich wünsche mir, dass dieser Rat auch künftig ein Raum bleibt, in dem wir nicht Gräben vertiefen, sondern Brücken bauen, ein Ort, an dem wir gemeinsam Verantwortung übernehmen für die Stadt und füreinander, ein Ort, an dem Politik nicht gegen-, sondern miteinander gemacht wird. Demokratie kann anstrengend sein. Aber sie ist es Wert. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sie stark bleibt. Danke für euer Vertrauen und merci für dieses Jahr. Tom out.

Applaus im Saal

Präsident: Merci vielmals. Ich glaube, ich habe noch nie in meinem Leben eine Standing Ovation gekriegt und werde es vielleicht auch nie wieder. Das ist auf der einen Seite etwas Megaschönes, aber auch fast ein wenig so, als würde eine grosse Gruppe für euch Happy Birthday in drei verschiedenen Sprachen singen – man ist auch froh, wenn dann gut ist. Ein riesiges Danke für dieses schöne Jahr.

Die heutige Sitzung ist hiermit geschlossen. Bitte macht mir den Gefallen und geht rasch in Richtung Sous Soul. Ich darf noch einige Dringlichkeitserklärungen beantworten und komme dann hinterher. Hoffentlich seid ihr dann schon alle dort. Merci, Prost und einen guten Appetit.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 6 | 2025.SR.0022

Motion: Belpmoos Solar – Solaranlagen auf der Fluglandebahn um die Biodiversität zu schützen!; Fristverlängerung

Traktandum: 7 | 2025.SR.0020

Motion: Keine Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge für die Freiflächen-Photovoltaikanlage "Belpmoos Solar"; Fristverlängerung

Traktandum: 8 | 2025.SR.0023

Motion: Energiewende und Biodiversität gehen Hand in Hand: Ökologisch wertvolle Flächen in Belpmoos stärken; Fristverlängerung

Traktandum: 9 | 2025.SR.0054

Postulat: Zukunft des Gaswerkareals: Genossenschaftlicher Wohnraum und alternative Wohnformen gemeinsam denken; Ablehnung Punkt 1, Annahme Punkte 2 und 3

Traktandum: 10 | 2025.SR.0072

Postulat: Gender-Budgeting: Analyse des Finanzhaushaltes zur Steuerung und Erreichung der Gleichstellung aller Geschlechter nutzen; Pkt. 1+2 Ablehnung/Pkt. 3+4 Annahme

Traktandum: 11 | 2025.SR.0100

Postulat: Fraktion GB/JA!: Die Stadt Bern soll Bücher bei lokalen Buchhandlungen beschaffen; Annahme

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/2529821654.php>

2025.SR.0406 | Postulat | Eingereicht

Postulat: (GB/JA!) Finanzielle Unterstützung von Gemüse- und Obstkorb-Abos aus regionaler, nachhaltiger Landwirtschaft für einkommensschwache Haushalte

2025.SR.0409 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Bern in Orange – Ein Zeichen gegen geschlechtsspezifische Gewalt

2025.SR.0396 | Motion | Eingereicht

Motion: FIKO: Anpassung des Reglements über die Finanzkontrolle der Stadt Bern (FR) bezüglich Finanzkompetenzen aufgrund Teilrevision GO per 1.7.2025

2025.SR.0403 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Präventionsprojekt gegen häusliche Gewalt – systematisch im Berner Schulunterricht verankern.

2025.SR.0411 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Eine KI-Strategie für Bern: Potenziale nutzen, Risiken minimieren und demokratische Kontrolle sichern

2025.SR.0402 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP, Nicolas Lutz, Mitte, Thomas Glauser SVP Provisorium Volksschule Kirchenfeld: Treppenturm. Wurde die Plattform je als Aussichtsplattform genutzt? Führt das Verbot der Parkierung von Trottnetts und Kindervelos nicht zu grösseren Risiken für die Schüler und Schülerinnen? Besteht schon ein richterliches Verbot für ein Parkierung? Ist die Publikation erfolgt?

2025.SR.0410 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP und Thomas Glauser (SVP) Kultur Stadt Bern1. Licht und Schatten! Drohen bei teuren und missglückten Operninszenierung nicht gewaltige Defizite? Muss der Gemeinderat seine Bedenken äussern?

2025.SR.0412 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Hohe Nebenkosten-Nachrechnungen in städtischen GüWR-Wohnungen.

2025.SR.0397 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Bypass Bern Ost vor dem Aus: Was passiert nun mit den Arbeiten am Chantier Bern-Ost?

2025.SR.0398 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fragen zu der Medienmitteilung betreffend Ziele für den Fuss- und Veloverkehr, 21. November 2025

2025.SR.0399 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Sicherstellung eines Übergangsangebots im Bereich zweisprachiger Schulangebote (Classe bilingue)

2025.SR.0400 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP: Geplantes islamische Zentrum in Wittigkofen («Berner Moschee») im Quartier-Gemeinschaftszentrum der evangelischen Kirche: Wurde je von Seiten der Stadt abgeklärt, ob diese vielfältigen Räume für schulische Bedürfnisse (Schulkreis IV oder classes bilingues) teilweise oder ganz nutzbar sind?

2025.SR.0401 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP, Nicolas Lutz (Mitte) Thomas Glauser (SVP) Verbesserung der Ernährung in den Tagesschulen! Warum wurde in der Antwort des Gemeinderates vom 19.11.2025 nicht die Wahrheit gesagt? (025.SR.0341

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP, Thomas Glauser, SVP Verbesserung der Ernährung in den Tagesschulen! Frisch Kochen! Keine vorgekochte Abfütterung! Erstunterzeichnende: Alexander Feuz (SVP), Thomas Glauser (SVP)

2025.SR.0404 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Saunaare – Next Level Pop-Up?

2025.SR.0405 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Ausschreibung Dampfzentrale

2025.SR.0407 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Wie will der Gemeinderat die Zukunft des Fonds sichern?

2025.SR.0408 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Aktuelle Situation bei Kitas Stadt Bern – Wie setzt der Gemeinderat den sozialpolitischen Auftrag um?

Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

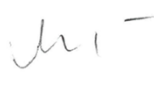
13.03.2026

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

14.03.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER